

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
für Halle und unsere unmittelbaren
Abnehmer: 22 1/2 Sgr. Durch die resp.
Post-Anstalten überall nur:
26 1/4 Sgr.

Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-
genommen: In Leipzig in der
Buchhandlung von D. Kichner,
Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.
In Magdeburg in der Kreuz-
schen Buchhandlung, Breiten-
weg No. 156.

Hallische
für Stadt



Zeitung
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 110.

Halle, Sonntag den 13. Mai
Hierzu eine Beilage.

1849.

Verzeichniß der

in der Sitzung der Stadtverordneten
am 14. Mai d. J. zu verhandelnden Gegenstände.

- 1) Kammerei-Rechnung pro 1847.
- 2) Angelegenheiten der Bürgerwehr.
- 3) Niederlassungs-Gesuch des Kaufmann Voigt.
- 4) Contract über den eingegangenen Theil der Leipziger
Chaussée am Bahnhofe.
- 5) Antrag auf Rückzahlung mehrerer von dem Schauspiel-
director Nachtigall erhobenen Gelder.
- 6) Herstellung eines Daches im Knabenschulhofe.

Deutschland.

Berlin, d. 11. Mai. Sämmtliche Mitglieder der Stadt-
verordneten-Versammlung hielten am Mittwoch Nachmittag eine
lange Besprechung in Betreff eines von mehreren Mitgliedern
der Versammlung in der gestrigen Sitzung einzubringenden An-
trags auf Anerkennung der in Frankfurt beschlossenen Verfas-
sung und zugleich um Erlaß einer Adresse an Sr. Majestät den
König in dieser Beziehung. Bis gegen 10 Uhr Abends dauerte
die Berathung, aus welcher sich alsdann das Resultat ergab,
daß diese Anträge die Majorität der Versammlung nicht erhal-
ten würden, und auch sogar die Annahme einer moti-
virten Tages-Ordnung verworfen wurde. Von Sei-
ten der demokratischen Partei sollen dabei die größten
Anstrengungen gemacht worden sein, welche indessen dennoch
fruchtlos blieben. In Folge dieser Privat-Besprechung
ist wahrscheinlich auch die Einbringung dieses Antrags
in der gestrigen Sitzung unterblieben.

Die Stettiner Kaufmannschaft hat sich durch den englischen
Gesandten an das britische Gouvernement wegen der dänischen
nicht ganz völkerrechtlich bewerkstelligten Blokade beschwerend
gewendet. Es ist jetzt hierauf eine Antwort eingegangen, welche
im Namen Palmerston's der Staats-Sekretär der auswärtigen
Angelegenheiten, Edisbury, erlassen. In derselben ist ge-
sagt, daß die englische Regierung bei dem dänischen Gouver-
nement habe anfragen lassen, ob die Blokade der Ostsee-Häfen
eine bloß nominelle oder zugleich reale sei und bisher gewesen?

Im ersteren Falle müßte allen gekaperten neutralen Schiffen
eine sofortige Restitution werden. Als eine nominelle Blo-
kade — ist in dem Schreiben ferner auseinandergesetzt — sieht
aber die englische Regierung eine jede, wengleich angesagte
Blokade an, welcher nicht durch eine genügende Anzahl von
blockirenden Schiffen der gehörige Nachdruck gegeben werden
könne.

Berlin, d. 12. Mai. Der Rechts-Anwalt Haushal-
ter zu Bernigerode ist zum Notar im Departement des Appel-
lationsgerichts zu Halberstadt ernannt.

Berlin, d. 12. Mai. Der heutige Preussische Staats-
Anzeiger enthält in seinem nichtamtlichen Theile folgenden
Artikel:

Berlin, d. 11. Mai. Es hat Niemanden befremden
können, daß ein Theil der radikalen Presse sich mit einer wahren
Wuth gegen die der Königlich sächsischen Regierung von
Preußen geleistete Bundeshülfe erhoben hat. Erfreulich ist es,
daß die preussische Presse sich wenig an diesem Geschrei betheiligt
hat; dagegen kann es in jedem wahren Freunde des Vater-
landes nur ein schmerzliches Gefühl erwecken, daß auch die
Räume der Paulskirche von dem Echo desselben wiederhallen
und zwar selbst in den Reden von Männern, von denen man
sonst Anderes zu hören gewöhnt war; — obgleich auch dies
nach dem Geiste, von dem schon die in der vorigen Woche ge-
faßten Beschlüsse Zeugniß gaben, nicht mehr befremden konnte.
Es ist schmerzlich, weil es immer mehr beweist, daß die Ver-
sammlung jeden Halt verloren und sich auf einen Weg hat
hinreißen lassen, der alle an sie geknüpften Hoffnungen zu zer-
stören droht. Die preussische Regierung würde es unter ihrer
Würde halten, sich gegen solche Angriffe zu vertheidigen; aber
sie ist es ihrem eigenen Lande und den Kriegern, die für die
Sache der Ordnung und des Rechtes in einem innig befreun-
deten Nachbarlande ihr Blut vergossen haben, schuldig, zu
verhüten, daß die öffentliche Meinung nicht länger irre geleitet
werde, und auch nicht der Schatten des Vorwurfs eines eigen-
mächtigen Eingreifens in fremde Rechte auf ihr haften bleibe.
Wir sind zu dem Ende ermächtigt, das unten folgende aus-
drückliche Gesuch der sächsischen Regierung um bun-
desgesetzliche Hülfe zu veröffentlichen. Die preussische Re-
gierung konnte sich diesem Gesuche ohne direkte Verletzung ihrer

Bundespflichten nicht entziehen. Sie hat im Art. 11 der Bundes-Acte mit „allen Mitgliedern des Bundes versprochen, sowohl ganz Deutschland, wie jeden einzelnen Bundesstaat gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen“ und sie wird diesem Versprechen immer treu bleiben. Von eigenmächtigem Einschreiten, von gewaltsamem Friedensbruch kann ohnehin da niemals die Rede sein, wo eine Regierung von einer anderen befreundeten Hülfe begehrt; die Gewährung derselben steht einem jeden Staate von selbst als Recht zu — hier aber kam noch die ausdrückliche Bundespflicht dazu, und sie war in diesem Falle um so dringender, als durch den Ausbruch der revolutionären Partei, welche die Reichsverfassung nur als Maske benutzte, in dem einzelnen Lande in der That ganz Deutschland bedroht war. Die Treue und Tapferkeit der preussischen und sächsischen Truppen haben eine große Gefahr von dem Vaterlande abgewandt. Niemals ist es klarer hervorgetreten, daß für diese Partei die Bestrebungen für die deutsche Einheit nur der Vorwand sind, um die Besseren über ihre wahren Pläne zu täuschen. Selbst von der National-Versammlung sollte man erwarten, daß sie endlich einsehen werde, wie sie selbst von dieser Partei nur als Aushängeschild und Werkzeug betrachtet wird. Die sächsische Regierung aber hatte um so mehr Anspruch auf die Hülfe ihrer deutschen Bundesgenossen, als sie einen so bedeutenden Theil ihrer eigenen Streitkräfte der Führung des gemeinsamen Krieges in den Herzogthümern gewidmet hat. Die Abwesenheit dieser braven Truppen ist von den Aufrührern benützt worden; — und da hätte Preußen es geschehen lassen sollen, daß, während in Schleswig Sachsen und Preußen neben einander kämpfen, die braven Kameraden dieser Waffenbrüder im eigenen Vaterlande sich ohne Hülfe und Unterstützung im Kampf gegen eine von Fremden angereizte, zum großen Theil aus Fremden zusammengesetzte Schaar von Aufrührern aufriebe? und der Regierung die treue Erfüllung ihrer Bundespflichten gegen den auswärtigen Feind durch Anarchie im eigenen Lande gelohnt würde?

„Seit mehreren Tagen waren an Sr. Majestät den König seitens hierländischer Gemeinden und Corporationen Adressen und Gesuche gerichtet worden, welche die Anerkennung der von der deutschen National-Versammlung in zweiter Lesung beschlossenen Reichs-Verfassung zum Gegenstande hatten. Sr. Majestät aber haben bei der Allerhöchst ihnen beizuhelfenden Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Verbesserung jener Verfassung und im vollständigen Einverständnis mit der von Sr. Königlich preussischen Majestät in dieser Beziehung ausgesprochenen Ansicht, gerades Bedenken getragen, diesen Gesuchen zu willfahren, um so mehr, da die hiesige Regierung ihre Geneigtheit, an weiteren Verhandlungen über eine neue modifizierte Reichs-Verfassung theilzunehmen, bereits mehrfach zu erkennen gegeben hat. Die aus dieser Veranlassung im Lande sich kund gebende und von Uebelwollenden genährte Aufregung war inmittelst im bedenklichen Grade gestiegen, und es sind am heutigen Morgen in hiesiger Residenzstadt Ersejse ausgebrochen, welche die Anwendung der Schusswaffe schon mehrfach nothwendig gemacht haben. Bei dem sich stündlich steigenden Anwachen der auftrührerischen Masse ist aber eine baldige größere Ausdehnung der Unruhen zu besorgen, welche offenbar auf den Ausbruch einer weitverzweigten Bewegung hindeuten. Unter diesen Umständen und da die dormalen im Lande befindlichen militairischen Kräfte nach erfolgter Entsendung einer Königlich sächsischen Brigade nach Schleswig-Holstein nur von beschränktem Umfange sind, muß es der diesseitigen Regierung daran gelegen sein, zu schneller Wiederherstellung der in hiesigen Landen gestörten Ordnung auf die freundschaftliche Hülfeleistung eines Bundesgenossen mit Sicherheit rechnen zu können. Das unterzeichnete Ministerium sieht sich daher, auf Befehl Sr. Majestät des Königs, in dem Falle, an die Königlich preussische Regierung das ganz ergebnisse Gesuchen zu richten, daß es derselben gefällig sein wolle, einige Bataillone wohlgeübter Truppen, mit thunlichster Beschleunigung in die Nähe hiesiger Residenz vorrücken zu lassen, so wie demnächst eine noch größere Anzahl Königlich preussischer Truppen in Bereitschaft zu halten, um davon, im Falle eintretenden Bedürfnisses, den entsprechenden Gebrauch machen zu können. Die diesseitige Regierung glaubt, nach den Königl. preussischerseits in dem neuesten jenseitigen Circularschreiben vom 28sten v. M. erklärten Ansichten, der diesfalligen jenseitigen Willfährigkeit mit Zuversicht entgegensehen zu können, indem sie diesen ihren Antrag in dem Art. XI. der Bundes-Acte und Art. XXV. und

XXVI. der Wiener Schluß-Acte enthaltenen bundesrechtlichen Bestimmungen hinreichend begründet findet. Indem das unterzeichnete Ministerium zu dem obgedachten Entzweck die gefällige Vermittelung des Königl. preussischen Staats-Ministeriums in Anspruch nimmt und einer bald gefälligen geneigten Rückäußerung ergebens entgegensteht, benützt dasselbe mit wahren Vergnügen auch diesen Anlaß, um dem gedachten Königlich preussischen Staats-Ministerium die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu wiederholen. Dresden, am 3. Mai 1849. Königl. sächsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. (gez.) von Beust. An das Königl. preussische Staats-Ministerium zu Berlin.“

Königsberg, d. 8. Mai. Der Magistrat hat sich nun doch von der radikalen Partei überrumpeln lassen; die Deputation, die gestern in der Volksversammlung dazu bestimmt wurde, den Magistrat zur Anberaumung einer Versammlung der städtischen Vorstände der Provinz aufzufordern, hat denselben dahin zu bewegen gewußt, daß er das Versprechen gegeben hat, einen allgemeinen Städtetag auszusprechen. (D. R.)

Breslau, d. 10. Mai., 1/21 Uhr. (Telegraphische Depesche). Die Ruhe ist in Breslau nicht weiter gestört worden. (D. R.)

Posen, d. 10. Mai. Die Einkleidung und Formation der Landwehr-Bataillone Samter, Karge und Lissa ist ohne die mindeste Störung vor sich gegangen, und sind dieselben heute aus ihren Standquartieren abmarschirt.

Düsseldorf, d. 9. Mai, 11 1/2 Uhr. Eben gehen zwei Compagnien des 2. Bat. 16. Inf.-Reg. mit dem Bahnzuge nach Elberfeld, nachdem heute Morgen bereits 2 Stück Geschütz auf gleiche Weise dorthin befördert worden sind. Die Aufregung und weiteren Unruhen daselbst sollen einen hohen Grad erreicht haben; doch sind die desfalls hier circulirenden Gerüchte zu widersprechend, als daß denselben unbedingter Glaube zu schenken wäre. Auf der andern Seite heißt es, es seien über 20,000 Mann Landwehr und Bürgerwehr aus Elberfeld und Umgegend, selbst durch Zuzug aus Iserlohn, Solingen, Mülheim a. d. Ruhr u. verstärkt in Elberfeld, um jeden Zuzug von Militär von vorn herein, ehe es nach diesem Orte kommen könnte, abzuhalten; sie sollen mit Gewehren und Munition reichlich versehen und sogar im Besitze von sechs Stück Geschütz sein, welche die elberfelder Kaufleute gegen die Demokraten angeschafft, aber nun zur Disposition gestellt hätten. Andererseits kamen einige Passagiere von Elberfeld mit einem Extrazuge, welche behaupteten, es sei Alles wieder ruhig, die Bürgerwehr sei Herr der unruhigen Menge geblieben. Desungeachtet zog das Commando nach Elberfeld. — Heute Morgen kam ein Bataillon des 17. Regiments hier durch und ging nach der Ruhr, wo es auch sehr unruhig aussehen soll. Von der Einkleidung der hiesigen Landwehr-Compagnie erfährt man nichts Näheres, als daß sich nur 15 Mann, meist Avancirte, gestellt, die Uebrigen aber sich geweigert hätten, sich einkleiden zu lassen, was auf der Casernenstraße großen Zusammenlauf veranlaßt. Um 12 Uhr marschirten die beiden noch zurückgebliebenen Compagnien der Sechszehner mit klingendem Spiel nach der Eisenbahn und wurden ebenfalls nach Elberfeld abgeleudet. Die Gerüchte über den dort diese Truppen erwartenden Widerstand vermehren sich, so heißt es, die Landwehr sei schon bis Bohwinkel vorgerückt, um sich dem Ankommen der Truppen zu widersetzen. Sie hätte auch Brandspritzen mit Bitriolöl gefüllt bei sich und wollte erst freundlich die Truppen zur Rückkehr ersuchen, dann aber, wenn dieses nicht erfolge, das Vordringen mit allen Mitteln zurückschlagen. Auch 500 Bauern seien zu Pferd in Elberfeld eingerückt, um gegen das Militär anzurücken. Dagegen heißt es von der andern Seite, daß von Wesel aus direct eine Batterie von 6 Geschützen nach Elberfeld beordert sei, so daß also acht Feuerschlünde bereit ständen, wodurch es wohl hoffentlich zu einem Widerstande Seitens der Landwehr nicht kommen werde. (Kdin. 3.)

Düsseldorf, d. 9. Mai, 11 Uhr Abends. Nachdem heute Nachmittags mehrere der hiesigen Chefs unseres vorigjährigen Scandals beschlossen hatten, keinen weiteren Zuzug von Truppen auf der elberfelder Bahn zu dulden, entstand alsbald große Aufregung. Eine ungeheure Menschenmasse wälzte sich unter fürchterlichem Geheul und Gesang durch die Straßen, eine rothe Fahne voran, und ließ die rothe Republik hoch leben; auch brachte sie dem Regierungs-Präsidenten und dem Staatsprocurator v. Ammon I. so bedrohliche Kazenmusiken, daß letzterer sich genöthigt sah, polizeilichen Beistand zu requiriren; von da zog die Masse nach dem elberfelder Bahnhof; inzwischen wurde von den hier noch befindlichen Truppen Alarm geblasen, und das nach Elberfeld bestimmte Detachement zog nach dem Bahnhose, wo es mit furchtbarem Bah empfangen wurde und man ihm den Zugang zu demselben freitig machen wollte; eine Salve von ca. 15 Schüssen zerstreute alsbald die Massen, die sich in die innere Stadt zurückzogen und alsbald Barricaden zu errichten begannen und bis diesen Augenblick die sämtlichen Glocken als Signal des Aufstandes zogen. In das Innere der Stadt zu kommen, ist unmöglich; nur die Karlsstadt, die Allee- und die Steinweg sind verhältnißmäßig ruhig; starke Cavallerie-Patrouillen sieht man auf- und abziehen, Infanterie und Artillerie haben den Karlsplatz besetzt, und an verschiedenen Stellen hört man Salven in den Straßen nebst ungeheurem Geschrei. — Das gegen 4 Uhr von Köln hier eingetroffene Füsilier-Bataillon des 16. Regiments nebst einer halben Batterie zog nach kurzer Rast nach Gladbach und Rheydt, weil man auch dort einen Aufstand und Zerstörung der Maschinen befürchtet.

Düsseldorf, d. 10. Mai, halb 8 Uhr Morgens. Die ganze Nacht tönten alle Glocken; Gewehr-Salven, selbst Kanonenschüsse wurden bis 4 Uhr gehört. Die Volkerstraße ist durch umgestürzte Karren und die Pferdewagen der Dampfschiffe, die mit Steinen gefüllt sind, ziemlich stark und vielfältig verbarricadirt. Die Barricaden wurden alle von den Truppen genommen, und werden dieselben jetzt wieder abgebrochen. Man nennt 15 Todte auf Seiten der Bürger, worunter mehrere, die bloß zufällig sich auf der Straße befanden, so der Expediteur Hartmann, der Fuhrmann Schwieger und ein Reisender, der, den Reisefackel in der Hand, über den Markt ging, um den „Mainzer Hof“ zu erreichen. Auf Seiten des Militärs sollen etwa 2 bis 3 Todte sein, darunter auch der Adjutant des Generals Schibus, dem selbst das Pferd unter dem Leibe erschossen wurde, und welcher beinahe in die Hände der Barricadenbauer fiel. Unter diesen wird auch ein junger Pole genannt, wie überhaupt mehrere fremde Personen sehr thätig gewesen sein sollen. Es wurden viele Verhaftungen vorgenommen. Noch sind die meisten Straßen der innern Stadt abgesperrt durch Militär, und wird Zuzug von Truppen erwartet.

Crefeld, d. 9. Mai. Gestern Abend hat hier wiederum eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung der Landwehr Statt gefunden, welche würdig und ruhig abgelaufen ist. Die Landwehr hat in den bestimmtesten Ausdrücken früheren Beschlusses erneuert, der Einberufung des Ministeriums Brandenburg nicht Folge zu leisten, und hinzusetzt, nöthigenfalls der Gewalt Gewalt entgegen zu setzen. Für den Fall eines Conflictes mit dem Militär sollen schon hier und da Vorbereitungen getroffen werden und bewaffnete Zuzüge aus den benachbarten Ortscschaften zu erwarten sein. Die gestern gefaßten Beschlüsse sind durch eine Deputation der achtbarsten Landwehrmänner den Behörden mitgetheilt worden. Deputationen aus der Nachbarschaft wohnten der Versammlung bei und erklärten sich sammt und sonders bereit, den Beschlüssen der letzteren beizutreten. — So

eben geht die heutige Sitzung des Gemeinderaths zu Ende und in Folge derselben eine Deputation von drei Gemeinde-Verordneten unmittelbar nach Düsseldorf, um die Regierung von der bedrohlichen Lage der Stadt in Kenntniß zu setzen und vor den Conflicten zu warnen, welche eine zwangsweise Einkleidung der Landwehr hier zur Folge haben würde. — In allen Kreisen ist man hier aufs Höchste indignirt, daß durch die vorgestrigte Unbeschlußfähigkeit des Gemeinderaths Crefeld in der gestrigen Versammlung zu Köln nicht vertreten war. Die Beschlüsse des letzteren finden hier den ungetheiltesten Anklang. (Köln. Z.)

Köln, d. 10. Mai, Mittags 1 Uhr. Beunruhigende Gerüchte sind uns gestern und am heutigen Morgen aus Elberfeld und Düsseldorf zugekommen. Reisende, die mit dem eben eintreffenden Bahnzuge anlangen, bestätigen dieselben nur zu sehr. Wir geben das Uebereinstimmende aus den Erzählungen mehrerer Reisenden mit der Vorsicht wieder, welche bei solchen Quellen in einer Zeit allgemeiner Aufregung anzuwenden ist. In Elberfeld — sonst der loyalsten aller rheinischen Städte — ist es zu Unruhen gekommen. Von allen Seiten sind aus dem bergischen Lande zahlreiche Zuzüge angelangt, welche theils die Stadt, theils die umliegenden Höhen besetzt haben. Das Militair, ein Bataillon mit zwei Geschützen, hat sich heute in aller Frühe aus der Stadt zurückgezogen, um einen Straßenkampf zu vermeiden und Verstärkung abzuwarten, nachdem es gestern Abends von den Auführern wiederholt angegriffen und mehrmals unter dieselben zu feuern genöthigt gewesen war. Auf beiden Seiten zählte man Todte. Das Haus des Ober-Bürgermeisters ist von Grund aus demolirt worden, das Arrest-Local gestürmt und die Gefangenen sollen in Freiheit gesetzt sein. — In Düsseldorf, wohin noch in der vorigen Nacht um 1 Uhr schnelligst 1 Bataillon des 34. Infanterie-Regiments von hier aus gesandt wurde, ist es zum Kampfe gekommen — wie man erzählt, weil das Volk den Abmarsch von Militair nach Elberfeld habe hindern wollen. Viele Barricaden wurden erbaut. Die Zahl der Todten, meist vom Volke, wird sehr verschieden, ziemlich übereinstimmend aber auf etwa 20 angegeben. Bei Abgang des letzten Bahnzuges soll die Stadt, mit Ausnahme einer stark verbarricadirten Straße, in den Händen der Truppen gewesen sein. Man erwartet auf den heutigen Abend den ernstlichen Wiederausbruch des Kampfes. — So die Nachrichten, wie sie uns vorliegen; es liegt in der Natur der Sache, daß sie unvollständig sind und daß wir das Einzelne nicht verbürgen können.

[Die eben eintreffende, heute Morgens gedruckte außerordentliche Beilage zur „Düsseldorfer Ztg.“ enthält auffallender Weise über dortige Vorfälle kein Wort. Aus Elberfeld direct sind bis jetzt keine Nachrichten eingegangen.]

Köln, d. 10. Mai. In Folge der Nachrichten aus Düsseldorf und Elberfeld ist heute ein Theil unserer Garnison, namentlich Artillerie, in den Casernen consignirt.

Die „Düsseldorfer Ztg.“ vom 10. Mai enthält folgende „Amtliche Bekanntmachung“:

Die „Elberfelder Ztg.“ vom 4. d. M. hat einen mit den Namen: Hillmann, Pothmann, Kirberg und Leuser unterschriebenen Aufruf angeblich von der Landwehr zu Elberfeld an die Landwehrmänner der Umgegend aufgenommen, der eine offenbare Aufforderung zum Treubruch gegen Sr. Maj. den König und das Vaterland und die Allerhöchstdemselben geschworene Eibestrene und gegen die §§. 33, 34 und 44 der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dec. 1848 enthält. Es ist mir undenkbar, daß wirkliche Landwehrmänner der elberfelder Landwehr, deren Treue bis dahin sich stets bewährt hat, an diesem Frevel Theil haben. Sollte dieses indeß wider Erwarten doch der Fall sein, so ist jede Maßregel getroffen, um die Schuldigen mit aller gesetzlichen Strenge zu bestrafen und zu ihrer Pflicht anzuhalten. Die Untersuchung ist bereits angeordnet. Nur ein Theil der Landwehr ist gegenwärtig einberufen, um die bewaffnete

mun-
terium
preu-
stigen
abrem
sichung
Rö.
t sich
e De-
stimmt
mlung
den-
gen ge-
D. R.)
ische
gestört
R.)
nation
ohne
eselben
zwei
nzuge
eschütz
egung
rreicht
ote zu
schen-
0,000
Umge-
ein a.
Militär
abzu-
ersehen
the die
aber
einige
aupter-
rr der
mando
es 17.
ß auch
essigen
ß sich
er sich
Casern-
mar-
n der
n und
e über
er sich,
erücht,
hätte
te erst
wenn
urück-
d ein-
es
atterie
o acht
ch zu
verte.

Macht zum Schutze der gesetzlichen Ordnung und des achtbaren Bürgers in seinen gewerblichen und höheren Interessen zu verstärken, da sie auf den Antrag der Central-Gewalt durch Entsendung nach einem fernem Kriegsschauplatz sehr in Anspruch genommen ist. Diese Verpflichtung ist also doppelt heilig. Münster, d. 7. Mai 1849. Der interimistische commandirende General d. 7. Armee, Corps, E. Graf v. d. Gröben.

Dresden, d. 9. Mai. Im Verlaufe des nun besiegten Aufstandes kann man drei wesentlich verschiedene Momente und Wandlungen unterscheiden, die sich um so rascher und fürchterlicher entwickelten, je größer und energischer auf der andern Seite der Wille für Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und der bestehenden Verfassung war. Bei den Vorgängen am 3. und vielleicht noch am 4. Mai schien die Verfassungsfrage im Vordergrund zu stehen, obgleich social-republikanische Tendenzen schon unverkennbar hervortraten. Aber nur zu bald mußte man gewahr werden, daß die Empörung die Fahne der Reichsverfassung mißbrauchte und sie nur herausgesteckt hatte, um die Sympathieen des Volks zu erregen. Es mußte freilich von Haus aus auffallen, daß Leute wie ein Tzschirner, welche noch kurz vorher Alles thaten, um die Reichsverfassung unmöglich zu machen, sie mit allen Waffen des Sportes bekämpften, plötzlich entschlossen sein sollten, Gut und Blut für sie daran zu setzen. Allein das zweite Stadium der fünfjährigen Revolution, die republikanische Erhebung, erklärt das. Es soll auch wirklich ein Decret der sogenannten provisorischen Regierung vorhanden sein, worin diese erklärte, daß es sich nicht mehr um die deutsche Verfassung, sondern um die Einführung der Republik handle; zu Gesicht ist mir dieses Decret indes noch nicht gekommen. Der nach dem Rücktritte der sogenannten provisorischen Regierung noch fortgesetzte Kampf war ein völlig tendenzloser, ein Kampf der Verzweiflung und des Fanatismus, geschürt und genährt durch polnische und andere Emissäre, welche jedenfalls bei dem ganzen Unheil eine Hauptrolle gespielt haben mögen. Unter den Gefangenen befinden sich z. B. zwei galizische Geistliche. Was nun den Ausgang des Kampfes anlangt, so hat sich die Hauptmasse der Insurgenten heute früh gegen 7 Uhr zum Rückzuge angesetzt und über die Dörfer Plauen, Räcknitz und Kesselsdorf in die Berge geworfen. Hierbei mußten sie natürlich der Kavallerie und nachrückenden Infanterie in die Hände fallen, weshalb denn auch nach dieser Gegend hin um diese Zeit ein starkes Feuern gehört wurde. Wie viel ihrer davon gekommen sind, läßt sich nicht ermitteln. Die Zahl der Gefangenen ist groß und nach einer ungefähren Schätzung gegen 500; in der Frauenkirche allein sollen sich gegen 300 befinden. Die Mitglieder der provisorischen Regierung haben bei Zeiten das Weite gesucht und sind glücklich aus Dresden, man sagt als Bergleute verkleidet, entkommen. Tzschirner soll an dem Tage, wo der Oberkommandant Heinze gefangen wurde, schon in den Händen des Militärs gewesen, aber auf der innern Pirnaischen Gasse entsprungen sein. Zwei Soldaten wollten auf ihn feuern, aber die Gewehre derselben versagten. Den Bürgermeister Tzschucke in Meissen haben die Bürger daselbst verhaftet. Er hatte die Communalgarde in Meissen veranlaßt, nach Dresden zu marschiren. Diese aber mag sich bald von dem Stande der Dinge überzeugt haben, und ist gleich am ersten Tage wieder umgekehrt. Bei ihrer Ankunft in Meissen verhaftete sie den Bürgermeister. Advocat Blöde und Dr. Minckwitz sind heute früh auf dem Rathhause verhaftet worden. Stadtrath Klette, Prof. Richter und Dr. Hirschel sollen ebenfalls gefänglich eingezogen worden sein.

Heute Mittag 1 Uhr ist ein Bataillon des 12. Landwehr-Infanterieregiments auf der Schlesiischen Bahn hier angekommen, nachdem man in der Nacht vorher der Sicherheit wegen die Bahn bis Baugen mit Truppen besetzt hatte. Neustadt und Antonstadt sind stark mit Einquartierung belegt. Gleich-

wohl ist bis jetzt diese Beschwerde von den Meisten mit Freudigkeit getragen worden; man ist froh, wieder zur Ruhe gekommen zu sein. Diesen Nachmittag war die Brücke dem freien Verkehr wieder geöffnet, und Tausende strömten nach der Altstadt hinüber, um den Schauplatz des Schreckens in Augenschein zu nehmen. Wir sind nun im Kriegszustande, in welchem wir hier in Neustadt eigentlich schon seit einigen Tagen uns befinden, ohne gerade sehr dadurch belästigt zu werden.

Leipzig, d. 10. Mai. Man hat in Dresden das ganze Archiv der provisorischen Regierung in die Hände bekommen, und sonderbare Gerüchte durchkreuzen sich über einen verabredeten Plan, wonach am 20. d. M. eine Bartholomäusnacht stattfinden und darauf die Republik in ganz Deutschland habe erklärt werden sollen. Auch bei dem gestern hier verhafteten Stadtverordneten Dr. Bertling sollen wichtige Papiere gefunden worden sein. Dr. Heyner ist seiner Stelle als Hauptmann der 5. Compagnie Kommunalgarde noch nicht entsetzt, aber in Untersuchung. Inzwischen hat sich diesen Morgen der hier anwesende Reichs-Kommissar Briegleb nach einer von Chemnitz eingegangenen Depesche sofort dahin begeben (nach andern Nachrichten nach Dresden), da, wie verlautet, die von Dresden geflüchtete provisorische Regierung ihren Sitz in Chemnitz genommen und ein Theil der Insurgenten sich dahin gewendet habe, während ein anderer Freiberg besetzt halte. Der Terrorismus in Chemnitz ist so stark gewesen, daß selbst kranke Familien-Väter aus dem Bette geholt worden sind, um mit nach Dresden zu ziehen, wodurch es allerdings nur möglich war, die Zahl auf über 2000 zu bringen. Und dies Alles, schreibt man uns, hat eine einzige Person, der berühmte Merzdorf vermocht, der sich förmlich zum Diktator aufgeworfen! In den Städten Werdau und Crimmitschau schaarnten sich nach dem gezwungenen Abmarsch der Männer mehrere hundert Frauen mit ihren Kindern auf dem Arm und an der Hand zusammen und begaben sich auf das Rathhaus, um von dem Stadtrath Brot und Alimente für ihre Kinder zu erhalten, worauf dieser, wie man sagt, Veranstaltung getroffen, und die Familienväter zurückberufen habe.

(D. R.)

Frankfurt a. M., d. 9. Mai. Die Vertagung der heutigen Sitzung der Reichs-Versammlung auf morgen war durch die Bedenkzeit geboten, die der Erzherzog-Reichsverweser verlangt hatte, um sich über das ihm vorgelegte Programm des Reichsministerium zu erklären. Es handelt sich in diesem Augenblicke um die Frage, welche Stellung der Träger der Centralgewalt zur Durchführung der Reichs-Verfassung einnehmen wird, es handelt sich um die Fortexistenz der Centralgewalt, d. h. derjenigen Macht, die, von den Völkern und Fürsten Deutschlands anerkannt, der einzige gesetzliche Ausdruck der Gesamtheit für Maßregeln der Exekutivgewalt ist. Die Weidenbuschpartei wird den Erzherzog heute Nachmittag durch eine Deputation beschicken und es darf von seinem Patriotismus und seiner Weisheit erwartet werden, daß er in der Stunde der Gefahr den Posten nicht verläßt, auf den die Nation ihn gerufen hat.

Frankfurt a. M., d. 9. Mai. Es ist auffallend, mit welcher Hartnäckigkeit man von gewisser Seite auf das mehrfach widerlegte Gerücht von der bereits erfolgten Abberufung der preussischen Deputirten aus der Nationalversammlung zurückkommt. Es ist um so auffallender, als sich diejenigen, welche diese Nachricht, trotz der amtlichen Widerlegung, verbreiten, nicht selten den Anschein geben, selbst aus amlicher Quelle zu schöpfen. Die Erklärung mag wohl darin liegen, daß man dasjenige, was man wünscht, gern als bereits geschehen darstellt. Wir sind wiederholt ermächtigt, die obige

Nach
Wir
wie
fisch
been
lich
ob
Man
erfü
Ben
der
fung
men
zu
Sitz
schr
selbe
ser
gen
ster
Se.
gard
bera
Dri
nom
330
fassu
erfste
stade
erhie
gesti
ruch
Sta
inde
Pub
deut
welch
herbe
Winn
Bezie
hoher
ster
wund
alle
Augen
die
unfer
Bew
Kufre
traue
rung
daß
deren
führ
der
und
ist
als
Cent
keiner
verfa
Die

Nachricht als vollkommen unbegründet zu bezeichnen. Wir können hinzufügen, daß die königlich preussische Regierung, wie sie überhaupt auf das parlamentarische Verhalten der preussischen Abgeordneten in der Paulskirche niemals irgend einen beengenden Einfluß ausgeübt hat, so es auch jetzt wohl lediglich deren eigenem Ermessen zu überlassen gesonnen sein dürfte, ob und wie lange sie noch im Stande zu sein glauben, ihr Mandat im wahren Interesse Deutschlands und Preußens zu erfüllen. (D.P.)

Dr. Arnold Ruge, einer der Leiter der socialistischen Bewegung in Leipzig, der, freilich ohne Erfolg, den Behörden der Stadt eine Contribution von 50,000 Thirn. zur Beschaffung von Waffen auferlegt wissen wollte, ist hier angekommen. Jene Bewegung scheint somit ihre Endschafft erreicht zu haben.

Frankfurt a. M., d. 10. Mai. In der heutigen Sitzung der Reichsversammlung verlas der Vorsitzende eine Zuschrift des interimistischen Reichsministerpräsidenten, worin derselbe meldet, daß das dem Erzherzoge Reichsverweser vorgelegte Programm von demselben nicht angenommen worden und in Folge dessen das Ministerium seine Entlassung eingereicht habe, welche Se. k. Hoheit angenommen. Ein Antrag des Abg. Wiggard, das Programm dem Hause vorzulegen und darüber zu berathen, wurde, da das Resultat der Abstimmung über die Dringlichkeit zweifelhaft war, von dem Antragsteller zurückgenommen. — Herr E. Simson aus Königsberg wurde mit 330 gegen 8 Stimmen wieder zum Vorsitzenden der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung gewählt. Zum ersten Vorsitzenden-Stellvertreter wurde Abg. Reh aus Darmstadt mit 177 gegen 137 Stimmen gewählt. Abg. Eisenstuck erhielt 123, Edel 7, Wiedemann 2 Stimmen. 314 hatten gestimmt.

München, d. 8. Mai. Das gestern mitgetheilte Gerücht über den beabsichtigten Rücktritt von zweien unserer Staatsminister geht auch heute noch allgemein, hat sich indefs bis zur Stunde noch nicht offiziell bestätigt.

Neustadt a. S., d. 5. Mai. Heute ist nachstehendes Publikandum der Königl. Kreis-Regierung erschienen:

An die Bewohner der Pfalz! Seit der ganzen Zeit, als das deutsche Vaterland von jener großen politischen Bewegung ergriffen ist, welche seine längst ersehnte Einheit und allgemeine gesegnete Freiheit herbeiführen soll und wird, ist die Regierung der freien Aeuferung der Wünsche und Ansichten der Pfälzer in Versammlungen aller Art in keiner Beziehung entgegen getreten. Das feste Vertrauen auf jenen angeborenen hohen geselligen Sinn, den ein politisch reifes Volk in den Tagen erster Stürme zu zeigen weiß, hat nie getrübt. Deutschland hat mit Bewunderung auf die pfälzische Bevölkerung hingesehen, da sie, obwohl mit allem Feuer der Begeisterung der Bewegung sich anschließend, doch keinen Augenblick jene Achtung für das bestehende Gesetz verläugnet hat, welche die Frucht der freisinnigen Institutionen ist, deren sich die Pfalz seit langer Zeit zu erfreuen hat. Auch in den jüngsten Tagen, als die Erklärung unserer Staatsregierung über die deutsche Verfassungsfrage die allgemeine Bewegung in unseren pfälzischen Landen mehr als je hervorrief, hat der Aufruf zu einer großen Volksversammlung in Kaiserslautern das Vertrauen der Landesregierung auf den festen geselligen Sinn der Bevölkerung nicht erschüttert. Um so tiefer muß die Kreisregierung beklagen, daß jene Volksversammlung in Kaiserslautern zu Beschlüssen geführt hat, deren Tragweite über die Grenzen der Geselligkeit geht, deren Ausführung den Wohlstand des Landes gefährden wird, und daß dabei der Regierung Schritte zugemuthet werden, welche mit ihrer Pflicht und ihrer Stelle unvereinbar sind. Die Kreisverwaltungsstelle der Pfalz ist bloß ein Organ der obersten Staatsgewalt, hat keine Vollmacht in Fragen der Verfassung; sie muß abwarten, was König und Landesvertretung als Gesetz proklamiren. Sie ist aber auch kein Organ der provisorischen Centralgewalt oder der Nationalversammlung für Deutschland; sie hat keinerlei Zuständigkeit, sich selbstständig über die Rechtsgültigkeit der Reichsversammlung und der Beschlüsse der Nationalversammlung auszusprechen. Die Pfalz aber hat der obersten Staatsgewalt gegenüber ihre Gesinnung

über die Geltung der Reichsverfassung in vielfacher Weise zu erkennen gegeben, durch Adressen der politischen Vereine, der Gemeinden, der pfälzischen Landtags-Abgeordneten und der Landrathsmitglieder, auch ließ die Regierung die Stimmung nicht unbeachtet, sie hat Sr. Majestät dem Könige offen dargelegt, wie die pfälzische Bevölkerung die Anerkennung der deutschen Reichs-Verfassung dringend wünsche. — Pfälzer! verlasst nicht den geselligen Boden, auf dem Ihr bisher gewandelt! Schwer wiegt Eure Wagschale in den Schranken der Ordnung, schwer im Vereine mit Euren Brüdern jenseits des Rheins, mit denen Ihr bisher treu zusammengehalten. Der Weg offener Auflehnung führt nicht zum Ziele! Mit voller Zuversicht wendet sich daher die Regierung an alle Gutgefinten, an alle Freunde der Ordnung und des Gesetzes; sie ist der sicheren Ueberzeugung, daß sie dieses edelste Palladium der Freiheit auch in trüben Tagen nicht verlassen und mit Vertrauen den in wenigen Tagen bevorstehenden Zusammenritt des Landtages erwarten werden, bei welchem die hochwichtige Frage zum Austrag gelangen wird. — Speyer, den 4. Mai 1849. Königl. bayerische Regierung der Pfalz. Alwens. Schalk, coll.

Wiesbaden, d. 8. Mai. In der heutigen Sitzung des Landtags äußerte sich der Ministerpräsident Hergenhahn wegen Vereidigung des Militärs und der Beamten: Die bewaffnete Macht des Herzogthums ist bereits seit vorigem Jahr der Reichsgewalt zur Disposition gestellt. Dagegen hat die Centralgewalt die Vereidigung auf die Verfassung noch nicht für möglich erklärt, wie auch aus den von den Reichsministern kundgegebenen Erörterungen erhellt. So lange die Oberhauptfrage nicht erledigt ist, kann auch ein Eid auf die Verfassung nicht geschworen werden, welche dieses Oberhaupt in sich schließt. Eben so ist das Reichsministerium der Ansicht, daß eine Spaltung im deutschen Heere dadurch hervorgerufen werde. Im Uebrigen soll in Nassau Alles gethan werden, um die Verfassung einzuführen namentlich auch, sobald die Vorbereitungen erfolgt sind, die Wahlen für den neuen Reichstag ausgeschrieben werden. Auch hat die nassauische Regierung als Antwort auf die badische Note erklärt, daß sie den von Preußen ausgeschriebenem Kongreß nicht beschicken könne, indem sie nicht dafür halte, daß auf diesem Wege die Verfassung abgeändert werden könne.

Mainz, d. 9. Mai. In unserer Stadt ereignete sich gestern ein Auftritt, welcher allgemeinen Unwillen erregte. Die zur Konstriktion aufgerufenen jungen Leute aus der Stadt und dem Gebiet zogen schon am frühen Morgen, mit rothen Federn auf den Hüten, durch die Stadt, indem sie den Ruf: „Es lebe die Republik! Hecker hoch!“ ertönen ließen. In dem Saale, in welchem die Konstriktionskommission versammelt war, erschienen sie mit den Hüten auf den Köpfen und Tabackspfeifen oder Cigarren im Munde, wobei sie sich auf das ungezogenste benahmen. Von dem Bürgermeister, Herrn Rack, welcher als Civilstandsbeamter anwesend war, zu einem anständigen Verfahren aufgefordert, antworteten sie durch Singen republikanischer Lieder, so daß sich die Kommission, nachdem alle gütliche Mittel erschöpft waren, entschließen mußte, die Sitzung aufzuheben. Kaum hatte sich die Kommission entfernt, als die jungen Leute alles Mobiliar im Saale zertrümmerten und sämtliche dort befindliche Papiere des Arbeiterbildungsvereins zerrissen. Herr Rack, welcher sich zuletzt entfernte, wurde bis auf die Straße gestoßen, geschlagen und auf alle Weise insultirt, indem man ihm zuletzt den Hut über das Gesicht schlug. Mit Mühe rettete sich unser Bürgermeister in den benachbarten Laden des Buchhändler Halenza, wohin er ebenfalls verfolgt wurde unter dem Rufe: „Nieder mit ihm, er muß gehängt werden.“ Wie wir vernehmen, hat der Staatsprokurator bereits die Untersuchung eingeleitet, und dürften diejenigen, welche sich so weit vergaßen, der ganzen Strenge unserer Gesetze anheimfallen. Das aber sind die Folgen der Deklamationen in den demokratischen Vereinen und bei den alle 8 Tage sich folgenden Volksversammlungen, wo unwissenden

Zuhörern die verderblichsten Dinge eingeredet werden, welche sie dann nach ihrer Weise sich auslegen. (D. P. 3.)

Kassel, d. 9. Mai. Das Ministerium des Innern hat an sämtliche Bezirks-Direktoren Folgendes erlassen:

„Herr Bezirks-Direktor! Aus den von den verschiedensten Landesstellen eingegangenen Anträgen und Gesuchen ist mit Befriedigung entnommen, welche lebhaftes Interesse für die von der National-Versammlung beschlossene Reichsverfassung hegt wird. Wie die Staatsregierung bei der von ihr im Anfang des vorigen Monats erfolgten offenen und unumwundenen Anerkennung jener Verfassung beharren wird, und dieses auch durch die jüngst erfolgte Publication der Reichsverfassung mit dem Reichswahlgesetz bewährt hat, so hegt sie auch den begründeten Glauben, daß ein Gleiches von den Regierungen derjenigen Länder geschehen werde, welche sich für die verbindliche Kraft der Verfassung ebenfalls bereits ausgesprochen haben. Innerhalb dieser 29 Staaten wird der letzteren keine Gefahr drohen, da Regierung und Volk über deren Rechtsbeständigkeit einig sind. Solch eine vollständige Uebereinstimmung hat auch zwischen der kurhessischen Regierung und der am 14ten v. M. vertagten Stände-Versammlung geherrscht, und die Regierung hält sich nicht weniger des Beifalls des gesammten kurhessischen Volksstammes versichert. Es ist deshalb zur Zeit keine Veranlassung gegeben, die Ständeversammlung früher einzuberufen, als dies aus sonstigen Gründen ohnehin geschehen muß. Die Regierung wird übrigens ungehäumt die Landstände wiederberufen, wenn sie in die Lage kommen sollte, ihrer Mitwirkung zu bedürfen, um der Reichsverfassung eine neue Stütze zu verleihen. Daß der provisorischen Centralgewalt, bis jetzt noch der einzigen exekutiven Macht für die gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation, das kurhessische Militair zur Verfügung steht, ist dieser genügend bekannt; es ist daher unnöthig, derselben solches nochmals kund zu geben. Die provisorische Centralgewalt oder die verfassungsmäßige Reichsregierung hat auch den Zeitpunkt und die Form einer Beerdigung des Reichsheeres zu bestimmen; ehe dieses geschehen sein wird, läßt sich von der kurhessischen Regierung nicht einseitig vorschreiten. Es ist aber auf den zeitigen Mangel solcher Eidesleistungen kein erhebliches Gewicht zu legen, da, auch ohne eidliches Angeldniß, jeder Militair- und Civilbeamte, ja jeder Staatsbürger seine Treue gegen die Verfassung behändigen wird. Ueber die Durchführung der Reichsverfassung in denjenigen deutschen Staaten, welche dieselbe noch nicht anerkannt haben, hat zunächst die National-Versammlung ihre Entschlüsse zu fassen. Daß diesen freudig und rasch entgegen genommen werden wird, erwartet die Regierung von der tüchtigen Gesinnung des Volkes. Sie kann es aber nicht für förderlich halten, für sich allein Anordnungen zu treffen, welche, den gemeinsamen Organen Deutschlands vorgreifend, den Einklang der von diesen beabsichtigten Maßregeln zu stören geeignet wären. Noch weniger kann die Regierung für förderlich halten, wenn Vereine sich eigenmächtig bewaffnet organisiren, oder auf eigene Hand in die Verhältnisse anderer Staaten gewaltsam einmischen wollen, was ohnehin als ungesetzlich nicht zugelassen werden könnte. Es besteht nach den Gesetzen Kurhessens als bewaffnete Macht ausschließlich das Heer und die Bürgerwehr. In dem einen oder dem anderen dieser militairisch organisirten Körper hat Jeder, der nicht überhaupt vom Befriedenstande ausgeschlossen oder dazu untauglich ist, sich einreihen zu lassen, ohne daß daneben sich bewaffnete Vereine bilden dürften. Die Regierung rechnet mit Zuversicht auf die ganze Kraft des Landes, um der Reichsverfassung überall Geltung zu verschaffen, aber sie erwartet auch, daß dasselbe allenthalben, wenn gleich eine feste und entschiedene, doch eine von allgemeiner Einigung Zeugnis gebende gesellige Haltung bewahre, weil sonst das Land der Gefahr, der man entgegen will, gerade zugeführt und der Regierung das Mittel benommen sein würde, durch eine Hinweisung auf jenen befriedigenden Zustand auch bei anderen Regierungen die Ueberzeugung zu wecken, welche hohen Werth es hat, wenn Alle sich der Reichsverfassung unterwerfen. Nach vorgängiger Berathung im Gesamt-Staatsministerium werden Sie, Herr Bezirks-Direktor, ermächtigt und beauftragt, die Staats-Angehörigen Ihres Bezirks, wie Sie es für geeignet erachten, von diesen Ansichten der Regierung in Kenntniß zu setzen. Kassel, am 8. Mai 1849. Kurfürstl. Ministerium des Innern. Eberhard.“

Stuttgart, d. 8. Mai. Sicherem Vernehmen nach — meldet der „Merkur“ — hat die königl. württembergische Regierung auf die neueste preussische Circular-Depesche wegen Detroyirung einer deutschen Reichsverfassung u. bereits geantwortet, daß die württembergische Regierung nach von ihrer Seite erfolgter Anerkennung der deutschen Reichsverfassung mit der National-Versammlung einig gehen und daher die preussischen Pläne durchaus von der Hand gewiesen haben wolle. — Das Reichs-Kriegsministerium hat zum Schutze der National-Versammlung unter anderen von den in Oberbaden stehenden württembergischen Truppen zwei Bataillone nach Frankfurt beordert.

Freiburg i. Br., d. 8. Mai, 1/9 Uhr Abends. So eben ist die heutige Sitzung des Geschwornen-Gerichts beendet; sie dauerte mit kurzer Unterbrechung von heute Vormittag 9 Uhr bis jetzt, und wurde beinahe ganz durch die Recen der Angeklagten und Vertheidiger ausgefüllt. Um 5 Uhr, nach Beendigung derselben stellte der Gerichtshof an die Geschwornen 14 Fragen, die auf die in Anklage enthaltenen Anschuldiungsthatsachen sich beziehen. Nach mehrstündiger Berathung verneinten die Geschwornen sämtliche 14 Fragen, mit Ausnahme von Nr. 3, welche lautet: „Ist der Angeklagte Adalbert v. Bornstedt schuldig, mit der demokratischen Legion, welche sich in Paris gebildet, oder doch mit einem Theil derselben in das bairische Gebiet eingebrochen zu sein, um sich daselbst mit der zum Umsturz der bestehenden Regierung und zur Einführung der Republik organisirten Partei zu verbinden?“ Nachdem die Geschwornen gegen 8 Uhr aus dem Berathungszimmer in den Gerichtssaal zurückgekehrt, wurden die drei Angeklagten Fickler, Steinmetz und Krebs sofort in Freiheit gesetzt und von dem unten am Gerichtsgebäude versammelten Volke mit Jubelruf und Hoch empfangen. Bornstedt ist zu einem Jahr Einzelhaft verurtheilt worden.

Hannover, d. 9. Mai. Die Abgeordneten der Gemeinden und Vereine sind zu Denen zurückgekehrt, die sie gesendet. Heute fand eine Besprechung der noch hier anwesenden Abgeordneten statt; für Freudentheil präsidirte Dr. Nolte. Die Proclamation, die an das Land gerichtet wird, wurde verlesen; sie lautet:

„An das deutsche Volk! Die Stunde der Entscheidung ist gekommen auch für unser Land. Aufgerufen von seinen rechtmäßigen Vertretern in Frankfurt: der Reichsverfassung auch hier im Lande Geltung zu verschaffen, entsendete das ganze Land seine Deputirten nach Hannover: um seinem Könige die Wünsche des Gesamtvolks, inniges Festhalten am einzigen Deutschland, friedlich vorzutragen, und eben dazu die unerlässlichen Forderungen zu stellen: 1) Die Reichsverfassung sammt Wahlgesetz, wie beide von der Centralgewalt verkündet, unbedingt anzuerkennen, und dem von der Reichsversammlung gewählten oder noch zu wählenden Reichsoberhaupt die Hand zu unterwerfen. 2) Die Ständeversammlung sofort einzuberufen. 3) Das jetzige, dem Volkswillen schnurstracks entgegengerichtete Ministerium zu entlassen und durch ein volksthümliches zu ersetzen. Nichts davon ist zur Wahrheit geworden. Nicht einmal vorgelassen ist die Deputation, welche, aus der Mitte aller Vertreter gewählt, zum König entsendet worden, ihr Gesuch, Sr. Maj. die dringenden und einstimmigen Wünsche seines Volks vorzutragen zu dürfen, ohne Angabe der Gründe zurückgewiesen. Gleichen Erfolg hatte schon früher bei den Ministern eine andere Deputation, vollständige Verläugnung der Rechtsgültigkeit der Reichsverfassung war hier die Antwort. Möge das hannoversche Volk erkennen, daß alle friedlichen Mittel zur Lösung der großen deutschen Frage in Hannover erfolglos angewendet sind, und zurückwälzen darf es alle traurigen Folgen auf eine Regierung, welche hartnäckig der deutschen Einheit widerstrebt, ihr Ohr verschließt den Wünschen des Landes. Zeigen aber möge auch nun das hannoversche Volk, daß es werth ist, ein deutsches Volk zu heißen. Hannover, d. 7. Mai 1849. Der von sämtlichen Deputationen gewählte Ausschuss und Namens desselben: Bueren. Dr. Stürke. Ed. Lüders. Nolte. Dr. Plathner. Dr. Baurmeister.“

Altona, d. 10. Mai. Mit dem Abend-Bahnzuge kommt die Bestätigung der Nachricht von der Besetzung von Weile durch die Preußen. Ferner erfährt man, Friederica werde von unseren Truppen beschossen und brenne.

Gravenstein, d. 8. Mai. Für Bayern, Hannoveraner und Sachsen, welche jüngst Sundewitt verlassen haben, sind Hessen und Kontingente verschiedener kleiner Fürstenthümer dort wieder eingerückt. Man arbeitet bei Duppel noch fortwährend an Verschanzungen. General Bauer, jetzt Höchstcommandirender in dieser Gegend, hat sein Hauptquartier in Snaabek.

Hamburg, d. 9. Mai. Vorgestern wurde unsere älteste Hauptkirche zu St. Peter, nachdem sie am 7. Mai 1842 abgebrannt, am 7. Mai 1844 der Grundstein zum Neubau gelegt

und am 7. Mai 1847 der Kranz auf den vollendeten Dachstuhl gesetzt worden, dem Gottesdienste wiedergegeben und feierlich eingeweiht. Der ganz im Geiste des alten herrlichen Baustyls aus Backsteinen mit drei Schiffen, Chor und Kapellen trefflich ausgeführte Neubau gereicht den Baumeistern Fersfeldt und Chateauf, so wie den bei der Ausführung beschäftigten Künstlern und Handwerkern, zur dauernden Ehre.

Natibor, d. 7. Mai. Seit gestern Abend sind wir durch Reisende aus Krakau, von denen Einer aus Czernowitz kam, über den Einmarsch der Russen in Krakau in Gewissheit versetzt. Die Avantgarde von 4000 Mann, unter dem General Sasz, ist am 5. d. selbst eingerückt, 11,000 Mann mit 1400 Pferden sollen ihnen am nächsten Tage folgen, um dann mit ihnen vereint das Lager in Dukla zu beziehen. Es ist nunmehr ganz gewiß, daß die Magyaren den Jablunka-Paß besetzt haben und der nächste Tag wird uns durch die Richtung, in welcher sie vordringen, davon belehren, ob sie den Revolutionskrieg bis zu seinem Ende durchsetzen werden.

Olmutz, d. 7. Mai. Der russische Kaiser soll sich die Auslieferung aller gefangenen Polen in Ungarn zur Hauptbedingung seiner Hülfe gemacht haben, um dadurch alle polnischen Bewegungsmänner auf einmal und mit Einem Schlage in seine Macht zu bekommen.

Wien, d. 7. Mai. Aus der südslavischen Zeitung ist in mehrere Zeitungen ein langes Memorandum des Bansk an den Kaiser übergegangen (über die Zustände Kroatiens). Der offizielle österr. Correspondent sagt nun, er sei in der Lage, erklären zu dürfen, daß Se. Majestät der Kaiser ein solches Memorandum nie erhalten hat.

Alle uns heute zugegangenen Wiener Briefe sind voll von unbestimmten Nachrichten über eine Niederlage, welche die Oesterreicher an verschiedenen Punkten erlitten haben sollen. Die Einzelheiten über die stattgefundenen Gefechte klingen verschieden, nur darin stimmen alle Mittheilungen überein, daß die Niederlage der Kaiserlichen eine sehr empfindliche gewesen sei. Bekanntlich hatte Welden das Hauptquartier wieder von Laxenburg nach Dedenburg verlegt, während die Nordarmee sich um Pressburg concentrirte und ein drittes Korps bei Altenburg aufgestellt war. Durch den Besitz von Altenburg und Dedenburg, von wo verschanzte Feldlager die Ufer der Leitha entlang liefen, war es Welden allein möglich, die Magyaren am rechten Ufer der Donau von einem Einbruche in das österreichische Gebiet abzuhalten. Die Schwierigkeit, das stark besetzte Pressburg zu nehmen, haben wir schon früher ausführlich nachgewiesen; die Ungarn wären hier bei einem Angriffe gegen das sich an die Ausläufer der Karpathen lehrende Heer in entschiedenem Nachtheil gewesen. Sie suchten daher Pressburg zu umgehen, setzten an verschiedenen Stellen über die Donau und warfen sich in zwei Kolonnen auf Altenburg und Dedenburg. An beiden Punkten soll ein mörderisches Treffen stattgefunden haben, von welchem wir mit Bestimmtheit nur wissen, daß die Oesterreicher mit großem Verluste zurückgeschlagen wurden und die Ungarn sich jetzt im Besitz der beiden Städte befinden. Gelingt es den Oesterreichern nicht, diese Plätze schnell wieder zu erobern, so ist Wien binnen Kurzem in der Gewalt der Ungarn, wenn es anders im Plane der Insurgenten liegt, die Hauptstadt zu nehmen. — Die Hülfe der Russen muß bald kommen, wenn sie noch wirksam sein soll, denn die Siege der Insurgenten folgen einander mit der Schnelle des Blitzes. Zwei uns eben zugegangene Briefe melden, daß Groß-Kanisa von den Ungarn genommen sei und daß Bem die Russen in Siebenbürgen geschlagen habe. — Ueber die Stellung der nach Siebenbürgen bestimmten Russen wissen wir aus früheren Be-

richten nur, daß eine Ulanendivision unter dem Befehle des General-Lieutenant Grotenhjem im galizischen Kreise Kamieniec podolski stand. Diese Division war noch verstärkt durch 40 Bataillone Infanterie, und zählte 60 Escadrons Ulanen, 16 Kavallerie-, 32 Infanteriegeschützen und 800 Kosaken. Ob diese Truppen wirklich schon in Siebenbürgen eingerückt waren und hier eine große Schlacht stattfand, oder ob Bem die Russen bei ihrem Vorrücken in den engen Gebirgspässen zurückschlug (wie es am wahrscheinlichsten ist) wird uns nicht gemeldet. Ueber alle diese räthselhaften Vorgänge werden unsere nächsten Berichte wahrscheinlich nähere Aufschlüsse bringen.

(Const. 3.)

Wien, d. 9. April. Der heutige österreichische Correspondent entnimmt aus der „Pesther Zeitung“ vom 28. April die Gewissheit, daß die (in allen hiesigen Blättern) gemeldete Zurücknahme der ungarischen Thronsetzung grundlos sei. Jene Pesther Zeitung vom 28. April enthält vielmehr einen — dem „Közlöny“ vom 28. April entnommenen Leitartikel, bezüglich der am 14. von den Magnaten und Volksrepräsentanten Ungarns gefaßten Beschlüsse, wodurch feierlich und einhellig erklärt ward, daß das Haus Oesterreich in allen seinen Zweigen jeden gesetzlichen Anspruch auf den ungarischen Thron und die Krone des heiligen Stephan für ewig eingebüßt hat und es von dem ungarischen Boden für alle Zeiten unabänderlich verbannt ist. Die ungarische Nation — heißt es im weiteren Verlaufe jenes Artikels, — die durch diese feierliche That ihr unveräußerliches Urrecht einer usurpirenden Gewalt entrispen hat, wird, ernstlich und männlich mit sich zu Rathe gehend, den letzten Mann und den letzten Heller aufopfern, um alle Gegenbestrebungen Oesterreichs zu vereiteln.

Der „Wanderer“ enthält eine Proklamation des Feldmarschall Radetzky vom 4. Mai an die Venetianer, in welcher er dieselben zur Uebergabe auffordert. Die Bedingungen, welche er stellt, sind: Art. 1. Unbedingte volle und gänzliche Unterwerfung. Art. 2. Unmittelbare Uebergabe der ganzen Stadt und sämtlicher Forts und Arsenale, die von meinen Truppen besetzt werden sollten, denen gleichfalls alle Kriegsfahrzeuge, zu welcher Zeit sie auch gebaut worden sein mögen, alle öffentlichen Anstalten, alles Kriegsmaterial und alle Gegenstände irgend einer Art, die Eigenthum des Staates sind, zu übergeben sind. Art. 3. Auslieferung aller Waffen, sie mögen dem Staate oder Privaten gehören. Dagegen bewillige ich folgende Punkte: Art. 4. Es wird allen Personen ohne Unterschied, welche die Stadt verlassen wollen, gestattet, binnen 48 Stunden nach der Uebergabe zu Lande oder zur See aus Venedig abzureisen. Art. 5. Es soll ein General-Pardon für alle Unteroffiziere und Gemeinen der Land- und Seetruppen erlassen werden. „Von meiner Seite werden die Feindseligkeiten den ganzen morgenden Tag hindurch bis zur obenerwähnten Stunde, nämlich 8 Uhr Morgens am 6. Mai eingestellt werden.“

Ungarn.

Ofen, d. 1. Mai. Gestern erschien folgende Kundmachung: „Von dem Präsidenten der nach dem Beschlusse vom 14. April l. J. nunmehr polnisch-ungarischen Republik wurde Daniel Tranyi zum Regierungs-Kommissair für die Schwesterstädte Buda-Pesth aufgestellt, und allen Behörden aufgetragen, demselben unbedingte Folge zu leisten. Ich sehe mich dadurch als Stadt- und Festungs-Kommandant von Ofen veranlaßt, alle Autoritäten, so wie auch sämtliche Einwohner der Stadt ernstlich zu warnen, den hochverrätherischen Anordnungen des Rebellen-Chefs keine Folge zu leisten, sich fortan als getreue Bürger unseres erlauchten Kaisers und Königs zu betragen,

und in keinerlei Verbindung mit der polnisch-ungarischen Fraktion einzulassen. Jene, die es wagen sollten, dieser Mahnung entgegen zu handeln, werde ich unnachlässiglich der standrechtlichen Behandlung unterziehen, wornach sie ihren Frevel mit dem Tode büßen werden. Dfen, am 30. April 1849. Vom K. K. Stadt- und Festungs-Kommando: Henki, General-Major."

Presburg, d. 7. Mai. Gestern Nachmittag 4 Uhr wurde das Hauptquartier des Feldzeugmeisters von Welben hierher verlegt, und auch der neue Obercommandant, der junge Monarch, wird erwartet. Die Hauptmacht des Kaiserlichen Heeres entwickelt sich gegen die Schüttinsel, wo sie von Bruck bis Freudentorf und Sommerein eine feste Position einnimmt. Bei Szerdahely soll ein für die Kaiserlichen günstig ausgefallenes Gefecht stattgefunden haben. Ueber die Stellung und Bewegung der Insurgenten läßt sich nichts Bestimmtes sagen, da die Passage gehemmt und die darüber umlaufenden Gerüchte das Gepräge der exaltirten Parteien an der Stirn tragen.

Fonds- und Geld-Cours.

Berlin, den 11. Mai.

	Bf.	Brief.	Geld.		Bf.	Brief.	Geld.
Pr. Freiw. Anl.	5	102	—	Pomm. Pfandbr.	3 1/2	—	92 3/8
St. Schuldsch.	3 1/2	79 1/2	79	R. = u. Nm. do.	3 1/2	—	93
Sech. Pr. = Sch.	—	—	99 1/2	Schlesische do.	3 1/2	—	—
Kur. = u. Neum.	—	—	—	do. Lit. B. gar.	—	—	—
Schuldversch.	3 1/2	—	—	ran. do.	3 1/2	—	—
Berl. Stadt-Dbl.	5	98 3/4	—	Pr. St. = A. = Sch.	—	86 3/4	—
do. do.	3 1/2	—	—	Friedrichsd'or	—	13 3/4	13 1/8
Wäp. Pfandbr.	3 1/2	85 1/2	—	And. Goldm. à	—	—	—
Groß. Pos. do.	4	—	96 1/4	5 ϕ	—	13 1/8	12 1/8
do. do.	3 1/2	80 1/12	79 7/12	Discounts	—	—	—
Däp. Pfandbr.	3 1/2	—	—				

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Bf.		Prioritäts-Actien.	Bf.	
Berl. Anh. Lit.	4	76 ϕ .	Berl. Anhalt	4	87 ϕ .
A. B.	4	52 1/4 ϕ .	do. Hambg.	4 1/2	91 1/2 ϕ .
do. Hamb.	4	85 b ϕ .	do. II. Serie	4 1/2	—
do. St. = St. =	4	51 1/2 ϕ .	do. Potsd. = M.	4	82 ϕ .
do. Potsd. = M.	4	112 1/2 b ϕ .	do. do.	5	92 1/2 b ϕ .
Magd. = Plbst.	4	—	do. Stettiner	5	—
do. Leipziger	4	—	Magd. = Leipz.	4	—
Halle = Thür.	4	49 ϕ .	Halle = Thür.	4 1/2	85 1/2 ϕ .
Cöln = Mind.	3 1/2	76 1/4 ϕ .	Cöln = Mind.	4 1/2	92 1/4 ϕ .
do. Nachen	4	40 1/2 ϕ .	Rh. v. St. gar.	3 1/2	—
Bonn = Cöln	5	—	d. I. Priorität	4	—
Düsseldorf = Elb.	4	—	do. St. = Pr.	4	—
Steele. Bohw.	4	—	Düsseldorf = Elb.	4	—
Möhl. = Märk.	3 1/2	70 1/2 b ϕ . u. ϕ .	Möhl. = Märk.	4	86 ϕ .
do. Zwiggbn.	4	—	do. do.	5	98 b ϕ .
Döschl. L. A.	3 1/2	91 1/4 ϕ . 90 3/4 ϕ .	do. III. Serie	5	92 1/4 b ϕ . u. ϕ .
do. Lit. B.	3 1/2	91 1/4 ϕ . 90 3/4 ϕ .	do. Zwiggbn.	4 1/2	—
Cosel = Döschl.	4	—	do. do.	5	78 1/2 ϕ .
Bresl. Freib.	4	—	Oberschl.	4	—
Krat. = Döschl.	4	34 ϕ .	Krat. = Döschl.	4	70 ϕ .
Berg. = Märk.	4	54 1/2 ϕ .	Cosel = Döschl.	5	—
Strag. = Pos.	3 1/2	70 3/8 ϕ . 1/8 ϕ .	Steele. = Bohw.	5	88 ϕ .
Brieg. = Meisse	4	—	do. II. Serie	5	—
Magd. = Wittb.	4	—	Bresl. = Freib.	4	—
			Berg. = Märk.	4	97 1/4 ϕ .
			Ausländische Stamm-Actien.		
Quitt. = B.			Leipz. = Dresd.	4	—
Kach. = Rast.	4	—	Rudw. = Berb.	4	—
			24 Fl.	4	—
Ausl. Ab.			Riel. = Lit. Sp.	4	—
Fr. = B. = Rdb.	4	32 3/4 ϕ . 2/8 à 2/8 b ϕ .	Amst. = R. Fl.	4	—
do. Priorit.	5	91 1/2 ϕ .	Wdlb. = Zhr.	4	31 1/2 ϕ .

Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und preuß. Geld.)

Magdeburg, den 11. Mai (Nach Wispeln.)

Weizen	44	—	50 ϕ	Serfte	20	—	23 ϕ
Roggen	25	—	27 ϕ	Hafer	13 1/2	—	16 ϕ

Berlin, den 11. Mai.

Weizen nach Qualität	54—58 ϕ
Roggen loco und schwimmend	25—26 ϕ .
pr. Frühjahr 82pfd.	25 ϕ verk u. Br.
Mai/Juni 25 1/4 ϕ Br.	25 ϕ .
Juni/Juli	do.
Juli/August 26 ϕ Br.	25 1/2 ϕ .
Sept./Oktbr.	27 ϕ Br.
Serfte, große, loco	22—24 ϕ .
kleine	18—20 ϕ .
Hafer loco nach Qualität	14—15 ϕ .
Rübel loco	13 1/2 ϕ Br., 13 3/4 ϕ .
pr. Mai	13 3/4 ϕ Br., 13 3/8 ϕ .
Mai/Juni	13 3/8 ϕ Br.
Juni/Juli	13 1/2 ϕ Br.
Juli/August	13 1/2 ϕ Br.
Aug./Sept.	13 ϕ Br.
Sept./Okt.	12 1/2 ϕ Br., 12 3/4 ϕ .
Oktbr./Novbr.	12 1/2 ϕ Br., 12 1/2 ϕ .
Keinöl loco	10 1/2 ϕ .
Lieferung pr. Mai	10 1/8 ϕ Br.
Mohnöl	18—19 ϕ .
Spiritus loco ohne Faß	14 1/4 ϕ b ϕ u. ϕ .
pr. Mai	14 3/4 ϕ ϕ .
Mai/Juni	14 3/4 ϕ Br., 14 3/8 ϕ .
Juni/Juli	15 1/12 ϕ Br., 15 b ϕ .
Juli/August	15 3/4 ϕ Br., 15 1/2 ϕ .

Wasserstand der Saale bei Halle

am 11. Mai Abends 6 Uhr am Unterpegel 7 Fuß 7 Zoll.
am 12. Mai Morgens 6 Uhr am Unterpegel 7 Fuß 5 Zoll.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg

am 11. Mai Nr. 7 und — Zoll.

Fremdenliste.

Angestommene Fremde vom 11. bis 12. Mai.

Im Kronprinzen: Hr. Hauptm. v. Guben a. Magdeburg. Hr. Stud. jur. v. Konnerig a. Leipzig. Hr. Baron v. Bethmann = Hollweg a. Bonn. Die Hrn. Kauf. Schmidt a. Gotha, Jansen a. Berlin, Froch a. Leipzig, Friederici a. Dresden.

Stadt Zürich: Die Hrn. Kauf. Zambona a. Burtscheid, Jordan a. Berlin, Kürschner a. Brotterode. Hr. Landrath v. Pfannenberg a. Delitzsch. Hr. DGS = Assessor Pinder a. Naumburg. Hr. prakt. Arzt Dr. Riene a. Hamburg.

Goldnen Ring: Mad. Frieser m. Tochter a. Wiesbaden. Die Hrn. Kauf. Erlede a. Leipzig, Lamprecht a. Eisenach, Felgner u. Ebersmann a. Weimar.

Englischer Hof: Hr. Kammerrath v. Brenn a. Gera. Hr. Rittergutsbes. v. Bielau a. Bolau. Hr. Fabrikbes. Zielsch a. Waldburg. Die Hrn. Kauf. Sander u. Friede a. Magdeburg.

Goldnen Löwen: Die Hrn. Lieut. v. Steinberg u. v. Brodas a. Erfurt. Die Hrn. Kauf. Kahlenberg a. Leipzig, Löwe a. Mainz. Hr. Conditor Ernst a. Berlin. Hr. Jäger Sauer a. Dresden.

Stadt Hamburg: Die Hrn. Kauf. Schweizer a. Pöckst, Bilstein a. Elberfeld, Wagner a. Stettin. Hr. Fabrik. Kramer a. Danzig. Hr. Gutsbes. Schöllberg a. Angern. Hr. Rechts = Anwalt Slaas a. Neustadt.

Schwarzen Bär: Hr. Fabrik. Mühlhaus a. Worbis. Die Hrn. Defon. Beder a. Meiningen, Henschmann a. Saalfeld. Hr. Buchhbr. Müdenheim a. Frankfurt.

Goldne Kugel: Die Hrn. Kauf. Beder u. Greifenberg a. Hamburg. Hr. Musik. Dir. Beckmann a. Erier. Hr. Prof. Dr. Köhl a. Prag.

Freie Gemeinde.

Sonntag Nachmittag 2 Uhr. Beginn einer Reihe von Vorträgen über Hauptstellen der Evangelien. Wislicenus.

Deutschland.

Salle, d. 12. Mai. Am 18. März des Jahres 1848 sprach der König in dem bekannten Patente folgende Worte: „Vor allem verlangen wir, daß Deutschland aus einem Staatenbunde in einen Bundesstaat verwandelt werde. Wir erkennen an, daß dies eine Reorganisation der Bundesverfassung voraussetzt, welche nur im Vereine der Fürsten mit dem Volke ausgeführt werden kann, daß demnach eine vorläufige Bundesrepräsentation aus den Ständen aller deutschen Länder gebildet und unverzüglich berufen werden muß. Wir erkennen an, daß eine solche Bundesrepräsentation eine konstitutionelle Verfassung aller deutschen Länder nothwendig erheische, damit die Mitglieder jener Repräsentation ebenbürtig nebeneinander sitzen.“ Ferner wird eine allgemeine deutsche Wehrverfassung, ein Bundesheer unter einem Bundesbanner und Bundesfeldherrn, eine deutsche Bundesflagge, ein deutsches Bundesgericht, ein deutsches Heimathsrecht, ein deutscher Zollverein und Pressfreiheit für Gesamtdeutschland gefordert.

Hiermit hatte Preußen, die größte deutsche Regierung der ausgebrochenen heftigen Bewegung, die Ziel- und Strebepunkte officiell anerkennend bezeichnet, und der ganze hochgeschwollene Strom der Volksgedanken stürzte sich in diese längst ersehnte Richtung mit aller seiner riesigen Gewalt.

Am 21. März des Jahres 1848 ließ die preussische Regierung folgendes Plakat in Berlin verbreiten: „An die deutsche Nation! Eine glorreiche Geschichte hebt mit dem heutigen Tage für Euch an! Ihr seit fortan wieder eine einige große Nation, stark, frei und mächtig im Herzen von Europa! Preußens Friedrich Wilhelm IV. hat sich, im Vertrauen auf Euern heldenmüthigen Beistand und Eure geistige Wiedergeburt, zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesamtvaterlandes gestellt. Ihr werdet ihn mit den alten, ehrwürdigen Farben deutscher Nation noch heute zu Pferde in Eurer Mitte erblicken. Heil und Segen dem konstitutionellen Fürsten, dem Führer des gesammten deutschen Volkes, dem neuen König der freien wiedergeborenen deutschen Nation!“

Bald darauf erschien der König zu Pferde, mit den deutschen Farben am Arme, von den Prinzen und Ministern umgeben. Er richtete folgende Worte an das (berliner) Volk: „Es ist keine Usurpation von mir, wenn ich mich zur Rettung der deutschen Freiheit und Einigkeit berufen fühle; ich schwöre zu Gott, daß ich keine Fürsten vom Throne stoßen will, aber Deutschlands Einheit und Freiheit will ich schützen; sie muß geschirmt werden durch deutsche Treue, auf den Grundlagen einer aufrichtigen konstitutionellen deutschen Verfassung.“

Auf demselben Umzuge sprach der König vor dem Universitätsgebäude zu den Professoren und den Studirenden: „Ich trage die Farben, die nicht mein sind, aber ich will damit nichts usurpiren, ich will keine Krone, keine Herrschaft, ich will Deutschlands Freiheit, Deutschlands Einigkeit, ich will Ordnung, das schwöre ich zu Gott. Ich habe nur gethan, was in der deutschen Geschichte schon oft geschehen ist, daß mächtige Fürsten und Herzöge, wenn die Ordnung niedergetreten war, das Banner ergriffen und sich an die Spitze des ganzen Volkes gestellt haben, und ich glaube, daß die Herzen der Fürsten mir entgegenschlagen (??!) und der Wille des Volkes mich unterstützen werden. Merken Sie sich das, meine Herren, schreiben Sie es auf, daß ich nichts usurpiren, nichts will, als deutsche Freiheit und Einheit.“

König und Ministerium erließen an demselben Tage einen Aufruf: „An mein Volk und an die deutsche Nation!“ worin dieselben Vorsätze und Zusicherungen des Königs und seiner Räte aufs Feierlichste wiederholt wurden. Unter Anderm heißt es in dieser Proclamation: „Rettung aus der Gefahr kann nur aus der innigsten Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker unter einer Leitung hervorgehen. Ich übernehme heute diese Leitung für die Tage der Gefahr. Mein Volk, das die Gefahr nicht scheut, wird mich nicht verlassen, und Deutschland wird sich mir mit Vertrauen anschließen. Ich habe heute die alten deutschen Farben angenommen und mich und mein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutschen Reichs gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf. Als Mittel und gesetzliches Organ, um im Vereine mit meinem Volke zur Rettung und Beruhigung Deutschlands voran zu gehen, bietet sich der auf den 2. April bereits einberufene Landtag dar. Ich beabsichtige, in einer unverzüglich näher zu erwägenden Form den Fürsten und Städten Deutschlands die Gelegenheit zu eröffnen, mit Organen dieses Landtages zu einer gemeinschaftlichen Versammlung zusammen zu treten. Die auf diese Weise zeitweilig sich bildende deutsche Ständeversammlung wird in gemeinsamer, freier Berathung das Erforderliche in der gemeinsamen innern und äußern Gefahr ohne Verzug vorkehren.“

Mangel an Vertrauen ließ die vorgeschlagene provisorische deutsche Ständeversammlung nicht zu Stande kommen. Dagegen that das Vorparlament als unabhängiges Organ der deutschen Nation die ersten Schritte, die revolutionäre Bewegung auf die Bahn des Gesetzes zu leiten. Das Vorparlament war eine ungesetzliche Macht, sie war aber so maßig, und so umsichtig, daß sie Nichts fürdringender hielt, als den Boden des Gesetzes zu gewinnen. Der Bundestag genehmigte bereitwillig die Anträge des Vorparlaments, erließ ein Wahlgesetz und berief die deutsche Nationalversammlung, die „Einheit und Freiheit Deutschlands“ auf den Grundlagen einer aufrichtigen konstitutionellen deutschen Verfassung aufzurichten.“ Der Bundestag beabsichtigte, der Nationalversammlung einen Verfassungsentwurf vorzulegen und ihn in der Diskussion durch Organe der deutschen Regierungen, d. h. der Bundesversammlung, vertreten zu lassen. Es geschah nicht, weil die Regierungen sich über den Entwurf nicht einigen konnten. Noch einmal versuchte das preussische Kabinet im Juli des vergangenen Jahres, nachdem die provisorische Centralgewalt eingesetzt und derselben jede direkte und indirekte Einwirkung auf das Verfassungswerk durch ein Gesetz der Nationalversammlung entzogen war, die Regierungen in den Verhandlungen der Reichsverfassung vertreten zu lassen. Aber auch diesmal scheiterte der preussische Plan an dem Widerspruche der deutschen Regierungen. Es bleibe ungesagt, ob die deutschen Regierungen aus Mißtrauen gegen Preußens Absicht oder gegen die Nationalversammlung widerstanden, so viel scheint aber als gewiß anzunehmen zu sein, daß, wäre man auf Preußens Vorschlag eingegangen, die Regierungen genöthigt gewesen wären, ihre Absichten und Meinungen entschiedener und deutlicher auszusprechen, und aus den Wolken von Phrasen heraus zu treten in die Mitte des Volkes und des deutschen Lebens. Deutschland hätte erfahren, wie weit seine Regierungen mit ihm gehen wollten und was sie sich unter der „Freiheit und Einheit“ auf der Grundlage einer aufrichtigen konstitutionellen deutschen Verfassung vorstellen.

Eine Zeit lang verhielten sich die Regierungen passiv. Nur in der preussischen Nationalversammlung wurde ein in seinen Fol-

gen bedeutendes Intermezzo über die Anerkennung der provisorischen Centralgewalt aufgeführt. Erst im Spätherbste, als die Regierungen Oesterreichs und Preußens Aussicht hatten, der wachsenden Anarchie Herr zu werden, begann eine stille diplomatische Agitation gegen die Verfassung Deutschlands. Oesterreich machte den Anfang. Den Zusammenhang der österreichischen Noten vom 27. November an mit seinen vorausgegangenen und nachfolgenden Handlungen haben wir in diesen Blättern wohl deutlich nachgewiesen. Auch Preußen versuchte sich in diplomatischen Operationen.

Die erste in der deutschen Verfassungsfrage wichtige Note ist das Cirkular vom 23. Januar 1849. In derselben heißt es: „Zur Zeit des Zusammentritts der deutschen Nationalversammlung war die begonnene Revision der Bundesverfassung nicht so weit gediehen, daß es den deutschen Regierungen möglich gewesen wäre, einen gemeinsam verabredeten Verfassungsentwurf vorzulegen und vor denselben zu vertreten. Die Versammlung befand sich in der Nothwendigkeit, **selbstständig** das Verfassungswerk anzugreifen, und sowohl die Passivität der Regierungen, wovon Viele ihre ganze Kraft durch innere Angelegenheiten in Anspruch genommen sahen, als die **greifbare Schwierigkeit der Vereinbarung mit 37 verschiedenen und unabhängigen Staaten** mochten dazu mitwirken, die Vorstellungen über den Umfang der staatsrechtlichen Befugnisse der Versammlung hoch zu steigern. Auch die königl. Regierung hat geglaubt, der Lage, worin sich die deutschen Staaten, gegenüber einer aus der Gesamtheit der Nation auf gesetzlichem Wege erwählten Versammlung befanden, großes Gewicht beilegen zu müssen; sie hat geglaubt, die äußersten Anstrengungen machen zu sollen, um einer Versammlung, der die Regierungen einen positiven Vorschlag nicht vorgelegt hatten, nicht durch Negation entgegen zu treten; sie hat geglaubt, die **deutsche Nation sei zu der Forderung berechtigt**, daß der Versuch, auf dem von der deutschen Regierung theils gesetzlich angebahnten, theils zugelassenen Wege zur **Einigung** zu gelangen, möglichst vor äußern Hemmungen geschützt werde.“

Indem das Verfassungswerk der vorzüglich durch Preußen vor äußern Hindernissen geschützten Nationalversammlung dem Ende naht, „wird jede deutsche Regierung den Beruf fühlen, dahin zu wirken, daß die Verfassungsarbeit zu einem glücklichen Ergebnis führe und daß ein möglichstes Zerschlagen dieser Hoffnung nicht einem Verschulden der Regierungen beigemessen werden könne. Die preußische Regierung darf sich der Hoffnung überlassen, vor einem solchen Vorwurfe gesichert zu sein; allein sie ist sich sehr wohl bewußt, daß ihre alleinige Zustimmung nicht ausreicht, eine Umgestaltung der deutschen Verfassung in das Leben zu führen, und daß das Scheitern des großen Zweckes nicht minder zu beklagen wäre, wenn auch zweifellos feststände, daß er nicht an Preußen gescheitert sei.“

Oesterreich betreffend verweist die Cirkularnote desselben in die Stellung, die ihm außerhalb des engern Bundesstaates zustehe, und rechtfertigt das Zustandekommen dieses engern Bundesstaates. „So wie innerhalb des Bundes der Zollverein nicht nur einen engern Verband für Handel, Gewerbfleiß und Verkehr darstellend, sondern auch die Wurzeln zu einer gemeinsamen handelspolitischen Vertretung nach außen in sich tragend, entstehen und bestehen konnte, ohne den Bund selbst und das Verhältnis zwischen den dem Zollverein angehörenden und den demselben nicht angehörenden Bundesgliedern zu stören, so kann auch ein noch weitere Interessen umfassender Verein unter der

Mehrzahl der Bundesglieder geschlossen werden und innerhalb des Bundes bestehen.“

Preußen verteidigte hiernach den engern Bundesstaat und machte sich mit dieser Rechtfertigung desselben zum Bundesgenossen des gagerschen Ministerprogrammes. Die Note fügte hinzu: „die königl. Regierung erkennt **nach wie vor** die Pflicht, auf dem durch die Berufung der deutschen Nationalversammlung betretenen Wege fortzuschreiten.“

Preußen schlug den deutschen Regierungen vor, ihre Erklärungen über die Verfassung vor der zweiten Lesung derselben der Nationalversammlung zur „**Erwägung**“ einzureichen. „Wir glauben, daß dieser Vorschlag sich sowohl den deutschen Regierungen als der Nationalversammlung empfehlen werde, da wir auf beiden Seiten das ernsthafte Bestreben voraussetzen, zu einer **redlichen Verständigung** zu gelangen. Die meisten deutschen Regierungen haben niemals auf das Recht der Zustimmung verzichtet, und insbesondere ist dies von Preußen nicht geschehen. Wollte man diesen Gegensatz zwischen „den hochgesteigerten Vorstellungen über den Umfang der staatsrechtlichen Befugnisse der Nationalversammlung“ und dem Zustimmungrechte der Regierungen „**noch jetzt auf die Spitze treiben**, so ist es wohl Niemandem zweifelhaft, daß nicht allein das Verfassungswerk nicht zu Stande kommen, sondern auch das **deutsche Vaterland den gefährlichsten Krisen ausgesetzt und in seiner ganzen Entwicklung gehemmt werden würde.**“

Die letzten Worte sind im Vergleich zu der gegenwärtigen kritischen und wahrhaft gefährlichen Bewegung im prophetischen Geiste geschrieben.

Hinsichtlich der Oberhauptsfrage erklärt das Cirkularschreiben, daß Preußen nach keiner Machtvergrößerung strebe, und daß es „keine ihm angebotene Stellung annehmen werde, als mit **freier Zustimmung der verbündeten Regierungen.**“

Die Deputation am 3. April brachte die „freie Zustimmung der verbündeten Regierungen“ nicht mit.

Ueber die neue Kaiserwürde sagt dieselbe Note, daß das ausschließliche Anstreben gerade diese Form des an und für sich notwendigen Einheitspunktes der wirklichen Erreichung jenes Zieles der Einigung wesentliche und schwer zu überwindende Hindernisse in den Weg legen würde. Es dürfte wohl eine andere Form gefunden werden können, unter welcher, ohne Aufopferung irgend eines wesentlichen Bedürfnisses, das dringende und **höchst gerechtfertigte Verlangen** des deutschen Volkes nach einer **wahrhaften Einigung** und kräftigen Gesamtentwickelung vollständig befriedigt werden könnte.“

Dies sind in Bezug auf die deutsche Verfassungsfrage die wichtigsten Sätze aus dem Cirkularschreiben vom 23. Januar.

Es folgte ihm die Note vom 16. Februar. Dieselbe bezeichnet „die Verständigung sowohl der Regierungen unter sich als mit der deutschen Reichsversammlung“ als den geeignetsten Weg zum Zustandekommen der Reichsverfassung, und spricht sich über das Prinzip aus, das die Regierung in der deutschen Frage befolgt. „Die königl. Regierung erkennt als obersten Grundsatz an, daß **das deutsche Verfassungswerk nur durch die freie Zustimmung der dabei beteiligten Regierungen endgültig zu Stande kommen könne.** Indem sie sich dieses Recht im **vollsten Maße vindiziert**, erkennt sie es auch für die übrigen Bundesglieder gleichmäßig

und ohne Ausnahme an, wie sie dies bereits früher ausgesprochen hat."

Oesterreich hatte sich gegen den deutschen Bundesstaat erklärt, es wollte in denselben nicht eintreten, protestirte aber gegen jedes andere Oberhaupt dieser neuen Einigung und forderte den deutschen Primat, womöglich die deutsche Kaiserkrone. In der Note vom 23. Januar war diese Annahme gebührend und mit Würde zurückgewiesen. Oesterreich antwortete am 4. Februar und versprach mit Vorschlägen über die Neugestaltung hervorzutreten. Preußen erklärte, daß es diese Vorschläge nach den Grundlagen und Prinzipien des Bundesstaates prüfen werde. Auch andre Regierungen waren mit ihren Erklärungen auf die Note vom 23. Januar zurückgeblieben, und ehe sich nicht alle Verbündete ausgesprochen hätten, könne sich auch Preußen nicht entschließen. Denn „von den Vorschlägen und Erklärungen, welche andere mitverbündete Regierungen, welche sich noch nicht ausgesprochen haben, abgeben werden, muß natürlich auch die letzte Entscheidung der Regierung Sr. Majestät des Königs abhängig bleiben."

Hienach war Preußens letzter Entschluß, sein letztes das Verfassungswerk krönendes Wort von den Erklärungen der deutschen Fürsten abhängig gemacht. Nicht von Preußen, sondern von den übrigen Regierungen hing das Schicksal Deutschlands ab. Deshalb fügte die Note hinzu: „Die Lage Deutschlands fordert eine baldige Entscheidung. Alle wahren Freunde des Vaterlandes erkennen die Nothwendigkeit der endlichen Beseitigung des gegenwärtigen ungewissen Zustandes, der Errichtung eines starken Einheitspunktes, an den die Schwachen sich anlehnen, um den die erhaltenden Elemente sich scharen können. Die Verhinderung einer gänzlichen Auflösung der schwächeren Staatskörper und des immer weitern Umsichgreifens innerer Zerstörung jetzt noch lebensfähiger Elemente, die Ruhe und der Friede Deutschlands hängen davon ab. Die Befriedigung dieses Bedürfnisses kann nicht von ungewissen Eventualitäten abhängig gemacht, nicht in unbestimmte Ferne hinausgeschoben werden."

Diese Worte, deren Wahrheit die gegenwärtigen Gefahren nur zu sehr bestätigen, sprach Preußen zu den deutschen Fürsten, um sie zu Erklärungen zu veranlassen, die das Zustandekommen einer bundesstaatlichen Verfassung möglich machen und beschleunigen. Die kleinern Regierungen folgten dem Rathe, 28 traten mit Preußen zu der bekannten Kollektivenote vom 23. Februar zusammen. Sämmtliche königliche Regierungen widersprachen oder stellten Systeme für die Verfassung auf, deren Ausführung den Bundesstaat wie ihn Preußen und die Nationalversammlung wollten, unmöglich machten.

Die Note erklärt, daß Preußen seit dem 18. März 1848 am Bundesstaate, weniger seiner selbst willen, als um den übrigen deutschen Staatskörpern Festigkeit zu verleihen, fernerhin festhalten werde, daß es eine über den Bundesstaat hinausgehende Centralisation von sich weise, und daß es, im Falle „wesentliche Voraussetzungen, auf denen die Verfassung als Ganzes nach der ersten Lesung, hinweggenommen oder modifizirt werden sollten, danach seine schließlichen Erklärungen sich vorbehalten müsse."

Nach dieser Note trat ein Personenwechsel im preussischen Ministerium des Auswärtigen und eine folgenreiche Veränderung in der auswärtigen Politik und in der Behandlung der deutschen Verfassungsfrage ein. Darüber in der nächsten Nummer.

Berlin, d. 12. Mai. Dem Bernehmen nach ist die telegraphische Kommunikation zwischen Frankfurt und hier gestern

bereits einmal unterbrochen worden und seit heute Nachmittags abermals gehemmt. Die letzte telegraphische Depesche, heute Nachmittag um 1 Uhr eingegangen, soll die Nachricht gebracht haben, daß die National-Versammlung nach dem Ausscheiden eines großen Theils der Rechten sich für permanent erklärt und an den Reichsverweser die Anfrage gerichtet habe, ob er die gegen Preußen in Bezug auf die sächsische Intervention gefassten Beschlüsse auszuführen entschlossen sei. Auf die ablehnende Erklärung des Reichsverwesers soll mit Gewalt gedroht worden sein, und man sieht heute Abend dem Ausbruche des Aufstandes und der förmlichen Konstituierung des Konventes entgegen. Zuverlässige Nachrichten über diese Gerüchte werden wir erst morgen Nachmittag zu geben im Stande sein.

Die bei der Einleitung der Landwehren in Düsseldorf, Elberfeld und Crefeld vorgekommenen Unruhen sind vollständig beseitigt und die Einleitung nimmt ihren ruhigen Fortgang. (D. R.)

Außer Württemberg haben sich nunmehr sämtliche deutsche Großmächte, Oesterreich nicht ausgenommen, durch Bevollmächtigte bei dem diesseitig angelegten Fürsten-Kongress vertreten.

Heute Vormittag 10 $\frac{1}{2}$ Uhr traf das 1. Bataillon des 24. Regiments aus Stettin hier ein. Die ursprünglich gegebene Marschordre, der zufolge das 1. und 2. Bataillon dieses Regiments zur Division Fürst Radziwill in Halle stoßen sollte, wurde heute Morgen beim Ausmarsch aus Stettin dahin geändert, daß das Bataillon unverzüglich die Marschdirection nach Hamm nehmen sollte. Das 2. Bataillon wird morgen dem 1. folgen und die pommerische Landwehr zur Besetzung von Stettin verwendet werden.

Dresden, d. 10. Mai. Gegen Abend. Auch heute sind wieder neue preussische Truppen angekommen; vom 12. und 20. Regiment sah ich Bataillone abmarschiren, die an verschiedene Orte des Landes, wo Aufregung herrscht, gehen. Hinter Tharandt soll sich ein nicht unbedeutender Haufen der Aufrührerischen in den Bergen festgesetzt haben; dahin gingen schon gestern Abtheilungen von Truppen, auch zur Besetzung von Freiberg, das übrigens ruhig sein soll. Nach Pirna ging eine der Abtheilungen der Preußen, da dort unruhige Bewegungen stattgefunden. — Herz, Köchly und mehrere Andere sind flüchtend gesehen worden. — Eigentlich hatte sich der berühmte Russe Bakunin zum Haupt der provisorischen Regierung aufgeschwungen; Tschirner soll neben ihm zur halben Null herabgesunken sein; durch Terrorisirten herrschte Bakunin. Er gab Erlaubniß und Befehl zu vielen Unthaten. So lautet eine Verordnung der provisorischen Regierung: jeder der Führer der Bürgerwehr könne Häuser anzünden lassen, wo er es zum Fortschritt des Kampfes für nöthig finde! Diese Antwort wurde auch einer Deputation der kleinen Brüdergasse gegeben, als sie einkam, daß man doch nicht Häuser anzünden solle, wodurch ja die Bewohner in den größten Schaden kämen. Die Häuser wurden angezündet, drei sind niedergebrannt. Die Aufrührer hofften durch dieses Feuer das prinzliche Palais und das königliche Schloß in die Vernichtung zu ziehen. Aus bester Quelle weiß ich, daß bis jetzt der Verlust der sächsischen Truppen sich auf 23 Tode und 67 Verwundete beläuft; die Preußen haben nicht so viel verloren, doch sind einige Offiziere bei ihnen todt. — Manchen tüchtigen Mann hört man nennen als theilhaftig beim Aufruhr; allein die bei Weitem größere Zahl unter den Gefangenen, Todten und Verwundeten besteht aus Leuten, denen ein böser Stempel auf die Stirn gedrückt ist. (L. Z.)

Die „Leipziger Zeitung“ enthält folgende Proklamation:

An das sächsische Volk.

Sachsen! schwere Gefahr droht unserem schönen Vaterlande! Eine Anzahl theils Uebelgesinnter, theils Verführer in Verbindung mit fremden Bösewichtern, sind bemüht das Band zu lockern, welches seit

Jahrhunderten Sachsens Volk mit seinen Fürsten verbunden hat. Sie drohen Thron und Verfassung umzustößen, Recht und Ordnung aufzuheben, Glück und Wohlstand nach allen Seiten hin zu vernichten; sie verschmähen es nicht, die verwerflichsten Mittel anzuwenden zu Erreichung ihrer verbrecherischen Zwecke. Wir nähern uns dem Abgrunde des Verderbens, wenn nicht die bewährte sächsische Treue, der gesunde Sinn einer an moralischer und geistiger Bildung so hoch stehenden Bevölkerung die Oberhand gewinnt. Sachsen! blickt zurück auf die Zeiten des Friedens und der Eintracht, wo Glück und Segen über unseren blühenden Gefilden schwebten. Vergleicht damit die gegenwärtigen Zustände und fragt Euch, die Hand aufs Herz, ob sie besser sind als die früheren, ob Ihr glücklicher seid als damals, ob Euer Wohlstand im Zunehmen oder Abnehmen begriffen ist. Fragt Euch mit Ernst und Gewissenhaftigkeit, was sicherer zum Heile des Ganzen und des Einzelnen führt, wenn Fürst und Volk, mit gegenseitigem Vertrauen, Hand in Hand gehen, oder wenn Ihr feindlich Euerm Könige gegenüber tretet, der, ich rufe Gott zum Zeugen an, kein anderes Streben kennt, keinen innigeren Wunsch hegt, als das Glück, das Wohl seines Volkes! — Sachsen! könnt Ihr zweifelhaft sein? — Denkt an Euer Vater und Mütter, an Euer Frauen und Kinder, an Alle, die Euch theuer sind, an die folgenden Geschlechter, die Eurer Fluchen oder Euch segnen werden! denkt an die Verantwortung, die auf Euch ruht, an die Pflichten, die Euch mahnen! Kehrt zurück, die Ihr verführt und verirrt seid, verschließt Euer Ohr den Einflüssen Fremder, welche Euch mißbrauchen, einzelner Ehrgeizigen und Habfüchtigen, die nur ihren eigenen Vortheil wollen. Vereinigt Euch Alle auf dem Wege der Pflicht, scharf Euch um Euren König, unterstützt ihn und die rechtmäßigen Landesbehörden mit Kraft und Muth, damit Gesetz und Ordnung erhalten, die Verfassung geschützt, das theure Vaterland gerettet werde! Vereinigt Euch mit mir zum innigen Danke gegen die tapferen Soldaten der vaterländischen Armee und die, auf gesetzlichem Wege herbeigerufenen, braven Königl. Preussischen Krieger, welche sieben Tage gekämpft haben für die gerechte Sache, mit einer Hingebung und Ausdauer, die über alles Lob erhaben ist. Fürchtet nichts für die gemeinsame deutsche Sache. Auch in meiner Brust schlägt ein deutsches Herz, auch ich will Deutschlands Größe und Glanz. Ich will aber, daß so erhabenes Ziel auf gesetzmäßigem Wege erreicht werde. Ich gab Euch mein Wort, mit zu wirken für Deutschlands Einheit. Ich habe es bis jetzt redlich gehalten und werde stets ihm treu bleiben. Die Annahme der von der Nationalversammlung in Frankfurt a. M. berathenen deutschen Verfassung habe ich nie unbedingt versagt; ich habe nur auf verfassungsmäßigem Wege und in Uebereinstimmung mit den größeren Nachbarstaaten in dieser hochwichtigen Angelegenheit vorschreiten wollen. Daß in dieser Hinsicht etwas Anderes nicht geschehen konnte, wird jeder Unbefangene bei ruhiger Prüfung selbst erkennen. Was bis jetzt hat angeordnet werden müssen, um durch außerordentliche Maßregeln Ruhe und Ordnung herzustellen, die Verfassung aufrecht zu erhalten, dem Gesetze Geltung zu verschaffen, war unvermeidlich, war hervorgezogen durch offenen Aufbruch, durch Gewaltthatigkeiten, ausgeführt mit den Waffen in der Hand. Ich mache mir darüber keinen Vorwurf; ich war in meinem Rechte, ich folgte dem Gebote der Pflicht und wahrlich nicht der leichtesten. Es wird auch ferner mit aller Kraft und Energie den Feinden des Vaterlandes entgegen getreten werden, aber unendlich wohl wird es meinem Herzen thun, wenn Ruhe und Ordnung wiederkehren, ohne daß Strenge angewendet zu werden braucht. Festung Königstein, den 9. Mai 1849. Friedrich August. Dr. Ferdinand Schinsky.

Leipzig, d. 11. Mai. Heute Vormittag zeigten sich in der Gegend von Probsthaida (auf der Straße von Grimma und Borna) Bewaffnete, muthmaßlich Versprengte von den nach dem Gebirge geflüchteten Dresdner Barrikadenkämpfern. Eine Abtheilung des hier garnisonirenden Militärs (das übrigens durch die gestrigen Abend erfolgte Rückkehr der letzten nach Dresden entsendeten Schützenkompagnien wieder auf den früheren Stand gebracht ist) rückte ihnen entgegen und hat sie ohne namhaften Widerstand größtentheils gefangen genommen; eine Zahl von ungefähr 20 derselben wurde Nachmittag hier unter starker Bedeckung eingebracht. (Später sind noch mehrere eingebracht worden.) — Die Ruhe in der Stadt ist in den letzten Tagen nicht wieder gestört worden. Ein großer Theil des Kleinhandels, der durch die plötzliche Aufhebung der Ostermesse am Montage von dem Platze vor dem Augusteum zu weichen genöthigt ward, hat sich in die geräumigen Höfe des Paulinums und Mauricianums gezogen, und es entwickelt sich hier eine eigenthümliche Meßthätigkeit im Kleinen.

Das hiesige Tageblatt enthält folgende Erklärung:

„Zur Widerlegung der durch meine schnelle Abreise von Leipzig hervorgezogenen Gerüchte zeige ich hierdurch an, daß ich mich zur Wiederherstellung meiner Gesundheit zur Zeit bei meinem Bruder, dem Ritterguts-pächter Klinger in Börnichen bei Dederan, aufhalte. Börnichen, den 9. Mai 1849. Hermann Adolf Klinger.“

Kiel, d. 7. Mai. Man hat hier Privatnachrichten aus London, welche melden, daß für uns ein Friede oder doch ein Waffenstillstand auf lange Zeit und auf guter Basis abgeschlossen sei.

Frankreich.

Paris, d. 7. Mai. In der Sitzung der National-Versammlung liest Senard seinen Bericht über die ministeriellen Mittheilungen vor. Derselbe ist kurz und wiederholt, daß die National-Versammlung die Expeditionsgelder nur bewilligte, weil sie die Hoffnung hatte, daß die Expedition nicht zum Sturze der römischen Republik würde verwendet werden. Statt dessen höre sie mit Entrüstung, daß Dubinot Rom angegriffen und die französische Ehre aufs schlimmste kompromittirt habe. Darum beantragt der Ausschuss folgende Tagesordnung: „Die National-Versammlung ladet die Regierung ein, ohne Verzug die nöthigen Maßregeln zu ergreifen, damit die Expedition von Italien nicht länger von dem ihr bestimmten Zweck abgewandt bleibe.“ Drouyn de Lhuys, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, glaubte durch Vorlesung der dem General Dubinot gegebenen Instructionen die Sache der Ordnung und der wahren Freiheit retten zu können. Allein der Inhalt dieser Instructionen rief einen solchen Tumult, so häufige Unterbrechungen hervor, daß die Stimme des Ministers vergebens dagegen kämpfte. Senard trat nach ihm auf und hielt eine kurze Gegenrede, die großen Beifall erndete und eine Niederlage des Ministeriums zur Folge hatte. Von 569 Stimmenden stimmten nur 241 gegen, 328 aber für obigen Antrag des Ausschusses, der also mit einer Majorität von 87 Stimmen angenommen wurde.

Paris, d. 8. Mai. Achtzig Mitglieder des Berges und der Linken haben heute früh nach Beendigung der Nachsitzung einen förmlichen Anklageakt gegen das Ministerium und den Präsidenten der Republik eingereicht; derselbe lautet auf Verletzung der Verfassung in Folge der Einschreitung im Kirchenstaate. Im Palast Elysee scheint diese Nacht während des Ministerrathes große Besorgniß vor einem Angriffe geherrscht zu haben; die schon gewöhnlich sehr starke Wachmannschaft war verstärkt worden und die Truppen hatten scharf geladen.

Paris, d. 8. Mai. Heute sind über Toulon und Marseille keine neueren Nachrichten aus Rom eingegangen. Man erzählte sich in der National-Versammlung nach gestern erhaltenen Briefen noch, daß es 800 Franzosen und 200 Polen gewesen seien, welche an den ersten Barrikaden die französischen Expeditionstruppen unter Dubinot zurückgeschlagen hätten. Der in Paris anwesende Abgesandte der römischen Republik hat folgenden Ausruf an seine „französischen Brüder“ veröffentlicht: Ein blutiger Kampf hat zwischen den Einwohnern Roms und den Söhnen Frankreichs stattgefunden, die unerbittliche Befehle gegen unsere Heimath trieben. Militärisches Ehrgefühl legte ihnen Gehorsam gegen die Befehle ihrer Chefs auf; das Gefühl des Patriotismus zwang uns dagegen, unsere Freiheiten und unser Vaterland zu verteidigen. Wir haben unsere Ehre gewahrt. Mußte es aber zu solchem Preise geschehen? Die Verantwortlichkeit dieses Blutvergießens kann uns, die wir durch die Bande der Bruderliebe mit Euch verknüpft sind, nicht treffen. Aber auch den Schuldigen wollen wir verzeihen; sie sind durch die Gewissensbisse, mit denen sie jetzt geplagt, genügend bestraft. Gruß und Brüderschaft. Paris, den 8. Mai. Im

Namen des römischen Volks, der Gesandte der römischen Republik: Frapolli."

Paris, d. 8. Mai. Die Regierung hat die Nachricht erhalten, daß die Franzosen in Rom eingerückt sind!

Italien.

Die französische Regierung soll am 8. Mai in aller Frühe, in Folge eines noch in der Nacht abgehaltenen Ministerrathes, zwei Stabs-Offiziere an den General Dubinot abgesandt haben mit der Erklärung: daß sie nichts an den früher erteilten Instruktionen ändere. Zu gleicher Zeit hat der Ministerrath beschlossen, die nöthigen Truppen-Verstärkungen zur Verfügung des Generals Dubinot zu stellen, um sich ungesäumt Rom's bemächtigen zu können. Ferner ist ein Flügel-Adjutant des Kriegs-Ministers nach Lyon abgegangen, um dem Marschall Bugeaud confidentielle Instruktionen zu überbringen, für den Fall, daß die italienischen Angelegenheiten eine ernstere Wendung nehmen sollten. — Man erzählt, daß auf jeder der Barrikaden von **Rom** eine große Inschrift folgenden Inhalts zu lesen war: „Artikel V der Verfassung der französischen Republik. Die französische Republik achtet die fremden Nationalitäten, wie sie der ihrigen Achtung zu verschaffen wissen wird. Sie unternimmt keinen Eroberungskrieg und wendet niemals ihre Streitkräfte gegen die Freiheit eines anderen Volkes an.“ In den Reihen der römischen Kämpfer befanden sich viele Lombarden, Genueser, Sicilianer und Polen. — Die Gerüchte von einer schon erfolgten oder bevorstehenden Occupation **Bologna's** und **Livorno's** von Seiten der Oesterreicher gewinnen an Wahrscheinlichkeit durch Mittheilung des „Oesterreichischen Correspondenten“ aus **Wien**, vom 5. Mai.

Neapel, d. 26. April. Einer hier eingetroffenen telegraphischen Depesche zufolge, hat sich Palermo und ganz Sicilien so eben auf Gnade und Ungnade unterworfen.

Deutsche Nationalversammlung.

Frankfurt, den 10. Mai.

Die Sitzung wird um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank: Niemand. — Der Vorsitzende meldet den Austritt der Abgeordneten Nörhig aus Weiskholz, Schrott aus Wien, Stieber aus Bubißin, Heimbrod aus Schlesien, und den Eintritt des Abg. Schubert aus Annaberg. Eingelassen ist ein Flottenbeitrag von 100 fl. (von deutschen Frauen in Mannheim). — Der Vorsitzende verkündet hierauf der Versammlung, daß mehrere Zustimmungsadressen vorliegen, unter ihnen eine durch den Abg. Zell übergebene von den Gemeinden und Stadtverordneten der Rheinprovinz, worin dieselben erklären, daß sie die Verfassung als endgiltig anerkennen und bei dem mit Preußen bevorstehenden Conflict auf Seite der Nationalversammlung stehen. Sie bitten um eidliche Verpflichtung der Reichstruppen, verlangen die Entfernung des Ministeriums Brandenburg, erklären die Einberufung der Landwehr als friedensstörende Maßregel und bitten das Ministerium schleunigst um kräftige Anordnungen, da sonst das Vaterland in höchste Gefahr gerathen könne. Diese Zustimmungsadresse, welche mit Beifall aufgenommen wurde, tragen wir im Wortlaut nach.

Der Vorsitzende giebt hierauf der Versammlung Kenntniß von folgender heute angelangten Zuschrift des interimistischen Ministerpräsidenten:

„Der interimistische Präsident des Reichsministersathes an den Herrn Präsidenten der versammelnden Reichsversammlung dahier. Wie bereits gestern der hohen Nationalversammlung mitgetheilt wurde, hat das Reichsministerium Sr. kaiserl. Hoheit dem Erzherzog Reichsverweser ein Programm vorgelegt, welches die Regel des Verhaltens des Reichsministeriums zu den Bewegungen bestimmen sollte, die zum Zwecke der Durchführung der Reichsverfassung in einigen Theilen Deutschlands entstanden sind und zu Bürgerkrieg und Zerstörung leider geführt haben. Der Reichsverweser hat diesem Programm seine Genehmigung nicht erteilt. Das Ministerium hat sich dadurch genöthigt gesehen, um seine definitive Entlassung Sr. kais. Hoheit zu ersuchen, und es ist diesem Gesuche heute stattgegeben worden. Der Reichsverweser hat dabei erklärt, daß er ein anderes Ministerium nach seiner Pflicht und Gerechtfame zu bilden sofort versu-

chen werden. Das Reichsministerium hat nicht versäumt, Sr. kaiserl. Hoheit die unmittelbar dringende Nothwendigkeit, ein anderes Ministerium zu bilden, vorzustellen. Frankfurt, den 10. Mai 1849. S. Sager n.“

Abg. Raveaux schlägt vor, eine Deputation zu Sr. kaiserl. Hoheit zu senden und ihn um die Erklärung zu bitten, ob er unter den jetzigen Umständen gesonnen sei, das Verfassungswerk durchzusetzen oder nicht. (Bravo.)

Abg. Simon will, daß man zuvor seinen und Bogt's Antrag in Berathung ziehe. Der Erzherzog hat nach dem Gesetz über die Befugnisse der provisorischen Centralgewalt nicht das Verfassungswerk durchzuführen. Will er sich nicht dazu hergeben, so muß es von uns ausgeführt werden. Ich hätte erwartet, daß diejenigen Männer, welche die Bewegung von Anfang an an ihre Personen geknüpft haben, sich zuvor ausgesprochen, ehe sie sich zurückziehen. In Bezug auf einen Ausspruch (der Redner verlas ihn), welchen Herr v. Sager n. von der Tribune herab gethan, wundert es mich, daß dieser Mann in diesem Augenblicke nicht auf dieser Tribune erscheint. Das ist eine Thatsache, welche ich dem Urtheile der deutschen Nation anheimstelle. (Beifall links.)

Abg. Wigard stellt den Dringlichkeitsantrag, daß das vom Ministerium dem Erzherzog-Reichsverweser vorgelegte Programm vorgelesen und in Berathung gezogen werde. Da das Resultat der Abstimmung über die Dringlichkeitsfrage zweifelhaft ist, so nimmt der Abg. Wigard seinen Antrag zurück.

S. v. Sager n. Meine Herren! Ich begreife nicht, wie man sich wundern kann, daß ich heute noch nicht auf dieser Tribune erschien; ich glaube, daß ich es in jedem entscheidenden Moment gethan. Ich kann dem Antrage, das Programm vorzulegen und zu berathen, nicht beistimmen; aber wenn Herr Simon von Trier daran zweifelt, daß ich meinen frühesten Standpunkt noch inne habe, so ist er im Irrthum. Ich halte ihn noch immer fest. Noch immer betrachte ich die deutsche Reichsverfassung als endgiltig und rechtskräftig und ich werde Alles, was ich zur Durchführung derselben thun kann, beizutragen wissen. (Beifall.)

Der Vorsitzende verkündet hierauf den Uebergang zur Tagesordnung. Erster Gegenstand derselben ist die Wahl des Präsidenten und der beiden Vicepräsidenten. Herr E. Simson wird mit 330 gegen 8 Stimmen zum Vorsitzenden gewählt. (Beifall.) Herr E. Simson ist wegen Unpäßlichkeit abwesend. Zum ersten Vorsitzenden-Stellvertreter wird Herr Reh aus Darmstadt mit 177 gegen 137 Stimmen ernannt. Herr Eifenstuck erhielt 123 Stimmen. Herr Reh aus Darmstadt dankt in kurzen Worten für das ihm bewiesene Vertrauen und übernimmt sogleich die Leitung des Hauses. Zum zweiten Vorsitzenden-Stellvertreter wird Herr Eifenstuck mit 155 gegen 153 Stimmen gewählt. Abg. Wiedenmann erhielt 143 Stimmen. — Die Versammlung geht hierauf zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung über.

Der Antrag der Abgg. Simon und Bogt lautet:

„In Erwägung, daß die Volkserhebungen in der bayerischen Pfalz wie in Sachsen die Durchführung der verkündeten Reichsverfassung zum Gegenstande haben;

daß daher der Reichsfriede durch Unterstützung dieser Erhebungen gegen die renitenten Regierungen, nicht aber durch Bekämpfung derselben zu bewirken ist;

aus diesen Gründen beschließt die Nationalversammlung:

Die Volkserhebungen in der bayerischen Pfalz und in Sachsen sind zur Durchführung der Reichsverfassung thatkräftig zu stützen und zu schützen.“

Abg. v. Simon erklärt, daß er sich dem Verbesserungsantrag des Abg. v. Reden anschließe und den seinigen zurücknehme. Der Antrag des Abg. Reden lautet:

„In Erwägung, daß die Reichsversammlung durch ihre Beschlüsse vom 28. April und 4. Mai d. J. die gesegliche Mitwirkung des Volks zur Durchführung der Reichsverfassung in Anspruch genommen hat, indem sie die Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesammte deutsche Volk aufgefordert hat, die Verfassung des deutschen Reichs vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen;

in Erwägung, daß der Widerstand einzelner Regierungen gegen die zu Recht bestehende Reichsverfassung und die sehr allgemein für dieselbe ausgesprochenen Sympathieen des deutschen Volks in einigen Theilen Deutschlands zu Versuchen gewaltsamer Unterdrückung geführt hat oder veranschaulicht droht;

in Erwägung, daß derartige Maßregeln, welche ebenso verwerflich sind, als anarchische Bestrebungen von unten, den Reichsfrieden gestört haben, oder bedrohen, dessen Bewahrung nach oben wie nach unten, durch Gesetz vom 28. Juni 1848, alleinige Berechtigung und Verpflichtung der provisorischen Centralgewalt ist;

in Erwägung, daß die gesegliche Berechtigung der provisorischen Centralgewalt, sowohl — „als vollziehende Gewalt in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen, als zur Oberleitung der gesammten be-

waffneten Macht" — die Anwendung jedes innerhalb dieser Grenzen liegenden Mittels zur Herstellung des Reichsfriedens gestattet; aus diesen Gründen beschließt die Reichsversammlung:

- 1) dem schweren Bruche des Reichsfriedens, welchen die preussische Regierung durch unbefugtes Einschreiten im Königreich Sachsen sich hat zu Schulden kommen lassen, ist durch alle zu Gebote stehenden Mittel entgegen zu treten.
- 2) Neben Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit sind diejenigen Bestrebungen des Volks und seiner Vertreter, welche zur Durchführung der endgiltig beschlossenen Reichsverfassung geschehen, gegen jeden Zwang und Unterdrückung in Schutz zu nehmen.

Die provisorische Centralgewalt ist zur Ausführung dieser Beschlüsse aufzufordern."

Abg. Zimmermann von Stuttgart unterstützt den Vorschlag, daß eine Deputation an den Reichsverweser gesandt werde. Entspricht derselbe nicht dem Wunsche, entschlossen zu handeln, so muß die Versammlung wissen, was sie zu thun hat, dann werden wir sehen, ob Herr S. v. Gagern und seine Freunde in einem anderen Sinne die Worte: „nicht weil, sondern obgleich“, sprechen werden. Wir haben die Bewegung in der Pfalz und in Sachsen legalisirt, wir müssen sie unterstützen und uns rasch entschließen. An energische Charaktere klammert sich die Hoffnung eines Volkes in gefährlichen Augenblicken an.

Abg. Grävell (Unruhe links). Ich habe früher, als im Hause noch einige Mäßigung herrschte, zuweilen mit der Linken gestimmt. Auch heute muß ich bekennen, daß ich mit derselben darin übereinstimme: die Zeit sei leider gekommen, wo das Wort eintrete: Je toller, desto besser! Wirklich ist es nun dahin gekommen, daß durch die in den letzten Wochen gestellten Anträge es klar vor Augen gelegt worden, wie die Antragsteller seit Monaten schon auf Nichts ausgegangen sind, als auf die Ermittlung der Erneuerung der Märzrevolution, auf Aufständigkeit des Volks, Gewaltthaten und rothe Republik. Es ist jetzt nicht mehr zu bestreiten, daß das Anerbieten der Kaiserkrone an den König von Preußen nichts weiter gewesen ist, als ein hinterlistiger Versuch der von uns eigenmächtig und angemasteten Souveränität die preussische Regierung zu unterwerfen. Alle die schönen Nebensarten, durch welche die Leidenschaft und die Unbesonnenheit aufzuregen versucht worden ist, sind vor 50 Jahren von einem Danton, Marat und Robespierre viel energischer noch gehalten worden, von Männern, die einer den andern aufgefressen und in der Geschichte ihren wohlverdienten Ruf erhalten haben. Der Redner trägt gar kein Verlangen, seinen Namen solchen Namen anzureihen. (Heitere Bewegung und Bravo links.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Abg. v. Reden tritt das Wort dem Abg. Vogt ab. Wir sind an dem Punkte angelangt, wo es brechen muß, denn biegen kann es jetzt nicht mehr. Mit der Taktik des Zögerns und Hinhaltens kann nichts mehr gewonnen werden. Wenn unser jetziges Ministerium schon unmöglich ist, so ist kein anderes möglich, als ein solches, welches feindlich gegen diese Versammlung auftritt. (Sehr gut!) Mit Bildung von Ministerien dürfen wir uns nicht hinhalten lassen, damit es uns nicht gehe, wie den Ungarn mit Erzherzog Stephan, der, nachdem er das ungarische Parlament lange hingehalten, zuletzt an den Truppen vorbei nach Wien ging. — Wir hören nicht von dem Reichscommissär, daß er in Berlin gegen die Einmischung protestirt habe, wie es sich gehörte, in allen Zeitungen, durch alle Mittel, und zwar so lange protestirt hätte, bis ihn das Ministerium Brandenburg entweder gefangen oder aus dem Lande gejagt hätte. Dann hätte er mit Ehren seinen Sitz in dieser Versammlung wieder einnehmen können. So geht es, wenn man sich mit unfähigen Subjecten umgiebt. (Beifall links und auf den Galerien. Der Vorsitzende verweist letztere zur Ordnung. Ruf links: keine Polizei!) Sie hören, was man in der Rheinprovinz für Beschlüsse faßt, welche Sie mit Beifall aufnahmen, und solchen gegenüber bringt man noch Anträge auf Schutz der Regierungen ein! Bayern beschickt doch den Berliner Congress und hat seinen Bevollmächtigten schon ernannt. Das zeigt Ihnen, daß die Hindernisse, welche die rentenregierungen bisher abhielten, mit einander zu gehen, schwinden, wenn es sich davon handelt, dem Parlamente entgegenzutreten. Bald wird vielleicht das preussische Militär seine Megelei in Sachsen vollendet haben. (Ruf links: vielleicht!) Leider sehe ich, daß das sächsische Militär nicht so viel nationales Ehrgefühl hatte, zuerst die Preußen hinauszuschlagen, Tabula rasa zu machen und dann in Sachsen zu handeln. Das Ministerium

Brandenburg ist der verkörperte Absolutismus und es ist ganz gleich, ob man durch preussische Säbel oder durch die russische Knute gefnechtet wird. Wie erniedrigend ist unsere äußere Politik! Ist es nicht eine Schmach, daß wir uns an England wenden müssen, um von dort einen Protest gegen den Einmarsch der Russen zu erwirken, und daß wir nicht selbst mit Waffen dagegen protestiren. Es ist der letzte Augenblick, der an Ihre Thüre klopf, wo Sie zeigen können, daß Sie Männer sind, nun denn, so seien Sie Männer. (Großer Beifall links und auf den Galerien.)

Es wird zur Abstimmung geschritten. Zur namentlichen Abstimmung gelangt zuerst der Verbesserungsantrag des Abg. v. Reden. Er wird mit 188 gegen 147 Stimmen angenommen. (Ungeheurer lang anhaltender Beifall im Hause.) — Der Zusatzantrag des Abg. M. Mohl:

- 1) „die provisorische Centralgewalt hat zum Schutze der deutschen Reichsverfassung ungefüamr ein Reichsheer von den Truppen der Staaten, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, zusammenzuziehen;
- 2) zu demselben Behufe hat dieselbe die schleunigste Organisation und Mobilmachung der Land- und Volkswahren in denselben Staaten zu verfügen“,

wird abgelehnt.

Abg. Umbcheiden stellt den Dringlichkeitsantrag, welchem sich Abg. Raveaur zugesellt: „Die Versammlung möge den Erzherzog Reichsverweser durch eine aus ihrer Mitte aus 12 Mitgliedern bestehende durch relative Stimmenmehrheit zu wählende Deputation von dem vorliegenden Beschlusse in Kenntniß setzen und bis zur erfolgten Antwort die heutige Sitzung für permanent erklären. — Da das Resultat über die Abstimmung der Dringlichkeit zweifelhaft ist, so wird durch Stimmzettel abgestimmt. Die Dringlichkeit wird mit 169 gegen 162 Stimmen angenommen.“

Abg. Biederer stellt den Antrag, daß man den Reichsverweser darum angehe, sofort ein Ministerium zu bilden, welches er mit der Ausführung beauftragt. So werden die Formen nicht verlegt.

Abg. Umbcheiden. Ueber der Beobachtung solcher Formalitäten kann das Vaterland zu Grunde gehen. Dann hat die Nationalversammlung die Durchführung der Verfassung nach dem Gesetze vom 28. Juni in der Hand. Der Redner schließt sich einem Verbesserungsantrage an, dahin gehend, daß die Deputation vom Bureau gewählt werde, in Voraussetzung, daß dasselbe alle Parteien berücksichtige.

Abg. Freudentheil und Genossen stellen einen Verbesserungsantrag, daß man den Reichsverweser ersuche, noch heute ein Ministerium zu bilden. Abg. Gravenhorst's Verbesserungsantrag will, daß die Deputation den Reichsverweser um die Antwort auf die Frage ersuche, ob er geneigt sei, in Anbetracht der dringlichen Zustände sobald als möglich ein Ministerium zu bilden, das den heutigen Beschluß vollzöge.

Abg. Simon von Trier. Wir befinden uns in derselben Lage wie damals, als der Erzherzog Reichsverweser das Gesetz vom 28. Juni vor der Versammlung angenommen. Wir nahmen damals auch seine persönliche Meinung hin. Er schließt sich dem Antrag des Abg. Freudentheil an, falls derselbe wolle, daß der Reichsverweser ein Ministerium bilde, welches den heutigen Beschluß durchzuführen berufen sei.

Der Antrag des Abg. Umbcheiden mit dem Verbesserungsantrage des Abg. Gravenhorst wird angenommen. Die Versammlung beschließt daher: „Die Nationalversammlung läßt durch das Bureau eine Deputation von 12 Gliedern wählen, welche sich sofort zu Sr. kaiserl. Hoh. dem Erzherzog Reichsverweser zu begeben hat, um denselben um die Antwort auf die Frage zu ersuchen, ob er geneigt sei, in Anbetracht der dringlichen Zustände des Vaterlandes sobald als möglich ein Ministerium zu bilden, welches den heutigen Beschluß der Nationalversammlung zu vollziehen hätte. Bis zur erfolgten Antwort bleibt die Nationalversammlung permanent.“

Das Bureau wählt folgende 12 Abgeordnete: Löwe von Calbe. Raveaur. L. Simon. Zell. Kirchgerner. v. Reden. Hollandt. Klausen. Hallbauer. Rösler von Wien. Becker von Bromberg. Zucht.

B e k a n n t m a c h u n g.

Unter Bezugnahme auf den §. 17 des Gesetzes vom 15. April v. J. wird hierdurch bekannt gemacht, daß am 30. April d. J. 6,795,957 Thlr. in Darlehens-Rassenscheinen in Umlauf waren.

Berlin, den 10. Mai 1849.

Der Finanzminister.
von Rabe.

Bekanntmachungen.

Nothwendiger Verkauf
beim

Königl. Preuß. Land- u. Stadt-
gerichte zu Halle a. d. S.

Die hier in der großen Ulrichsstraße und der Dachritzgasse sub Nr. 17 und 18 belegenen, dem Seltnermeister Friedrich Wilhelm Troitsch gehörigen Grundstücke, nach der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen, in der Registratur einzusehenden Taxe abgeschätzt auf 8162 Rthl 7 Sgr 11 Pf., sollen

am 23. Juni 1849 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle hier selbst, Zimmer Nr. 6 vor dem Deputirten Herrn Land- und Stadtgerichts-Rath Stecher meistbietend versteigert werden.

Sehr starken geräuch. Rheinlachs, neuen Hamburger Caviar, große Lüneburger- und Rhein-Neunaugen, marin. Hal, Bratberinge, geräuch. Lachsberinge und sehr schöne mar. Seringe empfiehlt

G. Goldschmidt.

Aechten westphälischen Schinken, ächte Braunschweiger, Jenaer und Gothaer Cervelatwurst, Junge- und Knoblauchwurst bei

G. Goldschmidt.

Sehr fetten Schweizerkäse, Limburger und Baiersche Sahnenkäse, Parmesan- und Kräuterkäse empfiehlt

G. Goldschmidt.

Schönste Meßnauer Apfelsinen und Citronen, Pomeranzen, Feigen, Lambertsnüsse, Traubenrosinen, Schaalmandeln, Catharinen-Pflaumen, Böhmische Pflaumen und eingemachte Preisbeeren empfiehlt

G. Goldschmidt.

Die neuesten Visiten- und Mantillenkragen, sowie auch Kleiderbesätze in Ver-
schönerung mit Cordel, empfiehlt den ge-
ehrten Damen Emilie Krause, kleiner
Sandberg Nr. 270.

Reinste Cacao-Masse, feinste Vanillen- und Gewürz-Chocolade empfiehlt

E. L. Helm, gr. Steinstraße.

Die besten bairischen Malzbonbons gegen Husten nur bei E. L. Helm.

In Halle bei Pfeffer (Schwetschkesche Sort.-Buchh.) — Merseburg bei Garcke — Eisleben bei Reichardt — Leipzig bei Reclam — Torgau bei Wienbrack und in allen Buchhandlungen ist zu haben:

Unentbehrlich für Jedermann!

Zehnte!! Auflage!

**Sammlung und Erklärung von
(6000) fremden Wörtern,**
welche in der Umgangssprache, National-Versammlungen und Zeitungen täglich vorkommen.

Als: Amendement — Anarchie — Aristocratie — Budget — Constitution — Democratie — Institution — Interpellation — Ochlokratie — Permanent — Reaction — Republik — Terrorismus und 6000 ähnliche Fremdwörter, welche in der Umgangssprache und in Zeitungen täglich vorkommen, um solche richtig zu verstehen und auszusprechen.

Vom **Dr. und Rector F. W. Wiedemann.**

Preis nur 12 $\frac{1}{2}$ Sgr.

NB. In jetziger Zeit ist es Jedermanns Bedürfnis, ein Nachschlagebuch der Art zur Hand zu haben, welches über alle die in Büchern und Zeitungen täglich vorkommenden Fremdwörter genügende Auskunft giebt, als ein solches ist das obige vom Professor Petri empfohlene.

Neue Verlagswerke von H. W. Schmidt in Halle.

Dr. H. Hellmar, Geschichte, Wesen und Vorzüge der Presbyterialverfassung von **S. Müller** und **G. Lorimer**, nebst einer Beschreibung der wichtigsten Presbyterialverfassungen. 1 Rthl.

D. H. Engel, Hausschatz Deutscher Volkslieder. Für den Gesangunterricht in Schulen und zum Privatgebrauch. 8 Sgr.

Dr. O. Schlömilch, Prof., Die allgemeine Umkehrung gegebener Functionen. Eine Monographie. 15 Sgr.

D. Zirkel, Tagebuch geschrieben während der nordamerikanisch-merikanischen Campagne in den Jahren 1847 und 1848. 22 $\frac{1}{2}$ Sgr.

— Die Democratie und die socialen Verhältnisse Nord-Amerika's verglichen mit den neuesten derartigen Bestrebungen in Europa, und einige Notizen über die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten. 2 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Colonia.

Ein Auszug aus dem Protokolle der am 17. d. Mis. stattgehabten General-Versammlung der Gesellschaft liegt bei dem unterzeichneten Agenten zur Mittheilung an Jeden, der sich für die Anstalt interessirt, bereit. Hier genüge die Andeutung, daß die Colonia ihren günstigen Geschäftsstand dazu benutzt hat, um ihren Reservefonds ansehnlich zu verstärken.

Wettin a/S., den 12. Mai 1849.

Theodor Schreiber.

Schurheffische und Badische Prämien-Ziehungen

am 31. Mai und 1. Juni 1849.

der Staats-Anlehen von fl. 14,000,000 und 6,725,000 Thlr.
Gewinne: Thlr. 36,000, 8,000, 4000, 2 à 1500, 3 à 1000, 5 à 400, 10 à 200, 20 à 120, 31 à 100, 425 à 55; ferner 20 mal fl. 1000, 480 mal fl. 70, 500 mal fl. 42.

Eine Badische Nummer kostet 1 Thlr.; eine Heffische Nummer kostet 2 Thlr. Eine Heffische und eine Badische Nummer zusammen kosten 3 Thlr. — Zu beziehen bei

J. Nachmann & Comp.

Banquiers in Mainz am Rhein.

Aufforderung.

Den in unbekannter Fremde lebenden beurlaubten Füsilieren des Anhalt. Cöthenschen Bataillons:

- 1) Friedrich Pfeil aus Cöthen,
 - 2) Karl Weise daher,
 - 3) Andreas Elze H. aus Arensdorf und
 - 4) Heinrich Zierold aus Cöthen,
- haben die Einberufungs-Ordres nicht zuge stellt werden können. Die Genannten werden deshalb hierdurch aufgefordert, ihren gegenwärtigen Aufenthaltsort ungesäumt der unterzeichneten Behörde anzuzeigen oder sich persönlich zu stellen, widrigenfalls über dieselben die Strafen des Gesetzes verhängt werden müssen.

Cöthen, den 4. Mai 1849.

Serzogl. Anhalt. Kriegs-Commission.

Bierthaler. Wuthenau. Holly-Pränszieh.

Fahrpläne,

neueste, zur Magdeburger- Leipziger und Thüringer Eisenbahn mit Anschlüssen empfiehlt
J. G. Grosse.

Gesuch. Ein arbeitsamer und wohl- erfahrener Gärtner kann zum Dienstantritt nachgesehen werden.

A. Kuckenburg, Nr. 285.

Fr. Lange, geprüfter und selbst an Brüchen leidender Bandagist, gr. Ulrichs- fr. Nr. 66, empfiehlt Bandagen jeder Art.

Auf dem Rittergute Großkaina bei Merseburg stehen 2 sehr schöne fette Ochsen zum Verkauf.

Ein Haus und etwas Feld (unweit Halle) wird zu kaufen gesucht durch A. Kuckenburg, Nr. 285.

Ein fleißiger und mit guten Attesten versehener Laufbursche findet sogleich ein gutes Unterkommen auf dem Thüringer Bahnhofe.

Ein guter Braunföhlenformer mit Frau wird sogleich gesucht Karzerplan Nr. 244.

Ein ordentlicher und fleißiger Arbeiter wird sofort gesucht. C. Kramm.

Montag den 14. Mai Concert vom Musikchor des 24. Inf. - Bat. Nachmittags 3¹/₂ Uhr im Thüringer Bahnhof.
Lehmann, Musikmeister.

Ein Kutscher, militärfrei, sucht sofort einen Dienst; die geehrten Herrschaften werden die Güte haben und ihre Adressen im Gasthose zur Tanne niederlegen.

Verpachtung

Unterzeichneter ist gesonnen, seine Mühle, bestehend in 2 Mahlgängen, 1 Del-, 1 Hirse- und 1 holländischen Graupenmühle, nebst Feldern, Wiesen, Gärten, sammt schöner Obfnugung, mit sämmtlichem Inventarium, auf sechs hinter einander folgende Jahre, von Johannis d. J. ab, zusammen oder auch nach Befinden die Mühle für sich und die übrigen Grundstücke im Einzelnen, unter den im Termine näher zu bestimmenden Bedingungen zu verpachten und hat dazu einen Termin auf

den 29. Mai c. Vormittags 9 Uhr in seiner Mühle bestimmt.
Pachtlustige werden hierdurch eingeladen, sich zur rechten Zeit einzufinden.
Raabe bei Zeiß, den 1. Mai 1849.
Christian Koch.

Sonntag den 20. Mai Nachmittags 2 Uhr soll in der Brandtschen Schenke allhier das hiesige Hirtenhaus öffentlich meistbietend unter den im Termine näher bekannt zu machenden Bedingungen verkauft werden.

Plößnitz, d. 9. Mai 1849.

Der Orts-Vorstand.

Einem geehrten Publikum zeige ich hiermit an, daß ich mich als prakt. Wund- arzt niedergelassen habe. Meine Wohnung ist im Hause des Herrn Kaufmann Demmer.

Wettin, den 10. Mai 1849.

Franz Conrad.

— K. L. V. —

Die Lehrer des Saalkreises werden ersucht, sich zu der am 23. Mai stattfindenden Versammlung des Kreis-Lehrervereins in Beidersee recht zahlreich einzufinden.
Der Vorstand.

In der Leipzigerstraße Nr. 297 steht die obere Etage, bestehend in 2 Stuben, 3 Kammern, Küche nebst Zubehör, sogleich zu vermieten und zu Johanni zu beziehen.

Ein mit guten Zeugnissen versehener Kutscher findet sofort einen Dienst auf dem Hofe zu Domniz.

Römischer Circus in Halle

in der Amtmann Heine'schen Reitbahn vor dem Steinhore.

Heute Sonntag den 13. Mai 1849 2 große Vorstellungen. Anfang der ersten um 4 Uhr Nachmittags. Anfang der zweiten um 7¹/₂ Uhr Abends. Die Tageszettel besagen das Nähere.

Zum Kegelschießen auf Scheibe mit Büchsen ladet zum Himmelfahrtstage ergebenst ein

Dhme,
Gastwirth in Passendorf.

Zum Himmelfahrtsfeste

Donnerstag und Freitag ladet ergebenst ein
Carl Winter.
Fienstedt, den 12. Mai 1849.

Concert.

Sonntag den 13. Mai Nachmittags 4 Uhr wird das Musikchor vom Füsilier-Bataillon 24. Inf.-Regiments im Funkschen Garten ein Concert geben. Entrée nach Belieben.

Heute, Sonntag, als den 13. Mai, Concert und Tanzmusik von der Familie Drechsler, wozu ergebenst einladet der Gastwirth Hübner auf dem Weinberge zu Beuchlitz.

Funken's Garten.

Montag den 14. d. von Abends 6 Uhr Concert.
Stadtmusikchor.

Garten-Concert Montag den 14. d. M. von Nachmittags 3 Uhr an bis Abends 7 Uhr, wozu ergebenst einladet
H. W. Preis in Trotha.

Feldschlößchen.

Sonntag den 13. d. M. ladet zu frischen Pfannkuchen und Tanz freundlichst ein
G. Weise.

Familien-Nachrichten.**Verlobungs-Anzeige.**

Die Verlobung ihrer ältesten Tochter Friederike mit dem Herrn Apotheker Freyberg jun. hier beehren sich Freunden und Verwandten hierdurch ergebenst anzuzeigen

J. Meißner nebst Frau.
Delitzsch, den 6. Mai 1849.

Als Verlobte empfehlen sich
Friederike Meißner,
Apotheker C. Freyberg jun.

Verbindungs-Anzeige.

Die heute vollzogene eheliche Verbindung unserer ältesten Tochter, Louise, mit dem Königl. Ober-Grenz-Controleur Herrn Lieutenant Förster zu Zübar zeigen wir hiermit ergebenst an.

Merseburg, den 6. Mai 1849.
Der Fabrikbesitzer Schreiber und Frau.